

Der Tabak-Mäfeier

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 17

Sonntag, den 27. April

1913

Zur Mäfeier.

Als Symbol der Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter soll die Mäfeier ihren Eindruck auf die bürgerliche Gesellschaft, auf die ganze Welt von Jahr zu Jahr verstärken. Wer bei alle, die in der Iron für den Kapitalismus jahraus jahrein ihre beste Kraft für ein Ultosum hingeben; wer bei alle, die der Erhöhung der arbeitenden Klassen aus dem Zustand menschlicher Herabwürdigung und Unterdrückung zustreben! Der 1. Mai soll alle ver einen zu brüderlichen Gelöbnis, zur Befreiung des eisernen Willens, die Befreiung der Arbeit von kapitalistischer Ausbeutung auf der ganzen Erde zu erlämpfen.

Ein unabkömmbares Sehnen drängte die organisierten Arbeiter längst nach gemeinsamen Kundgebungen auf dem ganzen Erdball für die hohen Ziele sozialdemokratischer Gesinnung. Bekennnisfreudig wollten sie die Kampfstandarte für ihre Ziele höherheben.

Da schuf der internationale Sozialistenkongress im Jahre 1889 — tagend zur hundertjährigen Jubelfeier der großen Revolution in Paris — die Mäfeier! Mit Jubelruf begrüßten die Delegierten jenes Kongresses den Beschluss, jährlich am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und durch Massendemonstrationen für eine sofortige Sozialreform, vor allem für die Einführung des Achtstundentages, die Gesetze aufzurufen. Der Jubel über die Einigung auf jene Forderung sand mächtigen Widerhall bei den selbstbewußten Arbeitern der ganzen Welt.

In Deutschland, wo die sozialdemokratische Arbeiterschaft das handbare Sozialistengejeg im bewundernswertem und obermutigem Kampfe schon Jahre vor seinem Fall überwunden hatte, wurde die Kampfparole für den Achtstundentag begeistert. Die sozialdemokratische Propaganda nahm einen großartigen Aufschwung. Den bürgerlichen Parteien wuchs die Begeisterung über den Kampf; sie rührten die Ohnmacht der Sozialistengejeglichen Vergemächtigung der Sozialdemokratie. Furcht packte die herrschenden Klassen vor der erfolgreichen Agitation in den Arbeitermassen.

Um den Zustrom der Arbeiter zur Sozialdemokratie abzuwenden, fühlte sich der jetzige Kaiser, Wilhelm der Zweite, veranlaßt, im Februar 1890 seine bekannten Erfolge zu veröffentlichen, die eine sozialreformerische Wendung der Gewerbeordnung vorsahen und sogar eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit Erwachsener als erstrebenswert hinstellten. Diese letzte Verherrlichung ist bis heutigen Tages noch nicht erfüllt. Darum gilt für die Mäfeier noch immer die Forderung des Achtstundentages.

Doch höher schwoll die Bewegung für die Ziele des Proletariats. Mit ihr wuchs die Besorgnis der Herrschenden, sie zu bannen. Sie rüsten die Macht des Militarismus ins Unendliche, um die Bewegung letzten Endes zu bezwingen. Die Söhne des Proletariats werden gedrillt das Proletariat selbst niederzuhalten. Neben der Verherrlichung der Völker ist die Unterdrückung des eigenen Volks der Zweck eines verbrecherischen politischen Spieles der herrschenden Klassen.

Mit Grauen beobachtet gegenwärtig die Welt die Folgen dieser Politik im Orient. Inneres Bangen erschüttert selbst die kapitalistischen Kreise. Die Furcht vor einem Weltkrieg ist epidemisch geworden. Politischer Wahnsinn treibt zu ungehöherlichen, die materielle Kraft der Völker erschöpfenden Rüstungen. Der Militarismus fräß ebenso am Markt des Volkes wie die kapitalistische Ausbeutung zu deren Schutz er bestimmt ist. Und das arbeitende Volk muß dazu seine Söhne liefern sowie die Kosten für dieses höllische System tragen.

Gegen dieses Verbrechen ist die Mäfeier ein flammender, zorniger Protest.

Protest gegen die Rüstungen!

Protest gegen den Krieg!

Protest gegen die Vernichtung von Völkern!

Protest gegen die Politik der Herrschenden!

Jetzt geschlossen, wie ein Wall, muß die Arbeiterschaft gegen die Flutwelle verbrecherischen Wahnsinns stehen. Bis ins tiefste Innere der mißbrauchten Massen muß die Auflklärung dringen und der Todheit wie dem Verbrechen die Waffe aus der Hand schlagen. Eine Grenze hat die Macht der Herrschenden — das ist das Verständnis aller Männer für die Ungehöherlichkeit des Systems ihrer Ausbeutung und Unterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Erkenntnis der Grundlagen der Herrschaft der herrschenden Klassen ist allein imstande, dieser Herrschaft das Ende zu bereiten. Darum muß die Mäfeier einer weit umspannenden Propaganda für die zu fördernde Erkenntnis der tiefrührigen Zustände in der menschlichen Gesellschaft der Völkergemeinschaft.

Unter Brüderlichkeit eine Mahnung an die herrschenden

Klassen, den erfüllbaren Forderungen des arbeitenden Volkes Gehör zu geben. Die Erleichterung der Lage und der Lasten der Arbeiter ist die erste Bedingung hierzu. Jede Versäumnis der maßgebenden Faktoren gegenüber dieser Forderung muß die Klassenkämpfe im Innern der Reiche verschärfen.

Unser Protest ist eine Warnung, die übergroße Mehrheit des Volkes, die arbeitenden Klassen, nicht zur Verzweiflung zu treiben. Es liegt im Wesen der Sozialdemokratie, die Entwicklung der Völker und ihrer Einrichtungen in heilsame Bahnen zu leiten. Ihre Auflklärung ist auf schnelle, doch nicht überstürzte Weise zu richten, um die gesamte gesellschaftliche Reichtum, denn erst durch sie können die Schätze der Natur für die Menschheit verwertbar gemacht werden. Wird das durch den Generalstreik den arbeitenden Klassen zu tieferer Erkenntnis gebracht, werden sie sich auch der Macht, die ihnen ungewohnt, besser bewußt. Künftigen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital wird dadurch der ersten eine größere Kraft und Bedeutung verliehen.

Das ist der nächste Zweck des Generalstreiks, der die Unentbehrlichkeit der Arbeitskraft der Arbeiter dokumentieren soll. Ohne diese Arbeitskraft ginge die menschliche Gesellschaft zugrunde. Aus ihr fließt der gesamte gesellschaftliche Reichtum, denn erst durch sie können die Schätze der Natur für die Menschheit verwertbar gemacht werden. Wird das durch den Generalstreik den arbeitenden Klassen zu tieferer Erkenntnis gebracht, werden sie sich auch der Macht, die ihnen ungewohnt, besser bewußt. Künftigen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital wird dadurch der ersten eine größere Kraft und Bedeutung verliehen.

Darum findet der Kampf der belgischen Arbeiter die uneingeschränkte Sympathie der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt. Uebertriebene Hoffnungen hat dieser Kampf nicht erweckt. Ob er bezüglich seines ausgesprochenen Ziels: das allgemeine gleiche Wahlrecht für das Parlament — vollen Erfolg haben wird, ist nicht vorauszusehen, aber wir wünschen es. Doch, auch wenn dieses Ziel nicht sofort erreicht würde, wird von der gewonnenen Etappe aus das Ziel fernherin ersehnt werden. Es gibt kein Zurück, nur ein Vormärz.

Alle Erfahrungen dieses Kampfes werden für die Arbeiter anderer Staaten von unschätzbarem Wert sein. Mögen die belgischen Verhältnisse politisch anders geschichtet sein, als in anderen Staaten, die Grundlage aller modernen Staaten ist doch die kapitalistische Wirtschaft. Und überall verfolgen die Münchner der kapitalistischen Produktion das gleiche Bestreben der Aufrechterhaltung und Festigung ihrer Herrschaft. Um diese Herrschaft dreht sich der Kampf, in dem der belgische Generalstreik ein bedeutsam hervortretendes Moment bildet. Möge er einen glücklichen, erfolgreichen Ausgang haben!

Der belgische Generalstreik.

Der organisierte Kampf der klassenbewußten Arbeiter hat eine seit Jahren ersehnte Etappe erreicht. Nur sehr bedingt fand der Generalstreik bisher Zustimmung in der Arbeiterschaft. Allerdings wurde der Vorschlag eines Generalstreiks aus verschiedensten Gründen und unter allerhand unsäglichen Vorstellungen oft gemacht, bis endlich eine Formel gefunden war, unter der er als Kampfmittel dem Arsenal der kämpfenden Arbeiter zugebracht wurde.

Die belgischen Arbeiter sind nun in die Lage gekommen, dieses wichtige Kampfmittel zu erproben für den politischen Kampf. Die Zusammenhänge dieses Kampfes liegen klar. Es steht der nach Gleichberechtigung strebenden Arbeiterschaft kein schärferes Machtmittel zur Beseitigung ihrer politischen Unterdrückung zu Gebote. Durch ein ungleiches, ungerechtes Wahlrecht verschafft sich die Minorität des Volkes, die herrschende Klasse, die Mehrheit, also die Übermacht in der Gesetzgebung und nutzt dieses ergaunerte Machtmittel zur Fortsetzung ihrer Herrschaft aus. Sie, die durch die Ausbeutung der Arbeiter sich die wirtschaftliche, kapitalistische Übermacht verschaffen, führt durch Unterdrückung der Arbeiter zur ökonomischen Übermacht noch die politische und herrscht darin unumstritten. In der Gesetzgebung gestaltet sie nämlich alle Gesetze im Sinne ihrer Herrschaft und fordert dann unter falscher Verweisung auf die Rechtsfähigkeit solcher Gesetzgebung die Respektierung der Gesetze.

Diefer Zusammenhang der ökonomischen und politischen Übermacht der herrschenden Klassen ist den klassenbewußten Arbeitern immer klarer geworden. Nun erstreben sie die Beseitigung ihrer politischen Unterdrückung und verlangen ein gleiches Wahlrecht, damit sie vermittelst dessen einen ihrer Macht die in ihrer Zahl liegt, entsprechenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen und so ein Recht schaffen helfen können, das dem ausgesprochenen Unrecht der jötter unbeschränkten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ein Ende bereiten soll.

Das ist der Kernpunkt der stillen oder sagen wir unblutigen Revolution, die sich mit dem Generalstreik in Belgien vollzieht. Es kommen für die gemeinsam kämpfenden Parteien der Sozialdemokratie und Liberalen außerdem politische Motive in Betracht, die aber für die Sozialdemokratie nur aus den oben entwickelten Gesichtspunkten, die die Grundlage des Generalstreiks bilden, in Betracht kommen. Ist das reaktionär-klerikale Regiment gestürzt, soll in einer gelunden Fortentwicklung das Endziel, die Beseitigung aller Ausbeutung zwischen Menschen, ersehnt werden.

Der Beginn des Generalstreiks am 14. April war vielversprechend. Es zeigte sich, daß die gewissenhafte und energische Vorbereitung eines solchen Kampfes die Aussicht des Gelingens in sich birgt. Vor allem mußte einem gewaltigen Einschreiten der herrschenden Herrscher keine nördliche Angst vor einer gewaltigen Polizei nur die Ruhe föhlen.

Das ist den Organisatoren des Generalstreiks bis zu dem Augenblick, wo wir dies schreiben, gegliedert. Be wundernswert hat sich die Disziplin der Arbeiter erprobt. Die Propaganda auf gesetzlichem Wege erzielte mit jedem Tage größere Erfolge — denn die Teilnehmerzahl am Streik stieg, die Produktion von Waren ist für einzelne Produktionszweige fast völlig zum Stillstand gekommen.

Das ist der nächste Zweck des Generalstreiks, der die Unentbehrlichkeit der Arbeitskraft der Arbeiter dokumentieren soll. Ohne diese Arbeitskraft ginge die menschliche Gesellschaft zugrunde. Aus ihr fließt der gesamte gesellschaftliche Reichtum, denn erst durch sie können die Schätze der Natur für die Menschheit verwertbar gemacht werden. Wird das durch den Generalstreik den arbeitenden Klassen zu tieferer Erkenntnis gebracht, werden sie sich auch der Macht, die ihnen ungewohnt, besser bewußt. Künftigen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital wird dadurch der ersten eine größere Kraft und Bedeutung verliehen.

Darum findet der Kampf der belgischen Arbeiter die uneingeschränkte Sympathie der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt. Uebertriebene Hoffnungen hat dieser Kampf nicht erweckt. Ob er bezüglich seines ausgesprochenen Ziels: das allgemeine gleiche Wahlrecht für das Parlament — vollen Erfolg haben wird, ist nicht vorauszusehen, aber wir wünschen es. Doch, auch wenn dieses Ziel nicht sofort erreicht würde, wird von der gewonnenen Etappe aus das Ziel fernherin ersehnt werden. Es gibt kein Zurück, nur ein Vormärz.

Alle Erfahrungen dieses Kampfes werden für die Arbeiter anderer Staaten von unschätzbarem Wert sein. Mögen die belgischen Verhältnisse politisch anders geschichtet sein, als in anderen Staaten, die Grundlage aller modernen Staaten ist doch die kapitalistische Wirtschaft. Und überall verfolgen die Münchner der kapitalistischen Produktion das gleiche Bestreben der Aufrechterhaltung und Festigung ihrer Herrschaft. Um diese Herrschaft dreht sich der Kampf, in dem der belgische Generalstreik ein bedeutsam hervortretendes Moment bildet. Möge er einen glücklichen, erfolgreichen Ausgang haben!

Die letzten Nachrichten aus Belgien sprechen alle von einer Vermehrung der Streikenden. Auch die städtischen Arbeiter beginnen, besonders in Brüssel, sich dem Streik anzuschließen. Nach einer Veröffentlichung des Zentralkomitees, die am letzten Sonnabend erfolgte, streiken 80,3 Prozent der Bergarbeiter, 47 Prozent der Metallarbeiter, 72 Prozent der Arbeiter in der Eisenindustrie, 90 Prozent in der Glasindustrie und 85 Prozent der Textilindustrie. Wenn sich hier und da eine Neigung zur Wiederaufnahme der Arbeit zeigt, so hat das nichts zu bedeuten, da sich größere Scharen dem Streik anschließen. Zurzeit dürfte die Zahl der Streikenden etwa 400 000 betragen. Die Wirkung des Streiks macht sich täglich mehr bemerkbar. Der Güterverkehr und die Zahl der Reisenden auf den belgischen Bahnen hat um 60 Prozent abgenommen. Der durch die Fortdauer des Streiks entstehende wirtschaftliche Schaden wird auf täglich 5 Millionen Francs geschätzt. Die Situation wird natürlich von Tag zu Tag ernster. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien machen bis jetzt keine Miene, die Forderung des Volkes auf Erweiterung seiner politischen Rechte nachzugeben. Die sozialistische Parlamentsfraktion hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Angesichts der Verdagung der Kammer sei eine Ausdehnung des Streiks und dessen ruhiger Charakter notwendiger als je. 400 000 Streikende verdienen Glückwünsche und Dank. Friedliche Unbeweglichkeit sichert Macht und Sieg. Hoch der Generalstreik!“

Am 19. April fand ein Kabinettstag unter Vorsitz des Ministerpräsidenten statt. Man wollte über einen Vermittlungsvorschlag des liberalen Abgeordneten Masson befinden. Eine ganze Anzahl der anwesenden Minister war jedoch der Ansicht, daß die Rechte nicht gegen diesen Antrag stimmen könne, ohne sich im Lande die Popularität weiter Kreise zu verschaffen. Was daraus werden wird, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Am vergangenen Sonntag haben im ganzen Lande Versammlungen und Demonstrationen stattgefunden, die besonders in den Großstädten und Industriezentren ins riesenhafte gingen. Allein in Lüttich nahmen 20 000 Personen teil. Die Streikenden bewahren, wie sie im Interesse des guten Gelingens es sich gehört haben, überall die Ruhe. Hier und da sind zwar einige Störungen vorgekommen, die aber keinerwegs für einen etwa beachtlichen gewaltigen Charakter der Bewegung sorgen. Die zentralen wie die örtlichen Leitungen bemühen sich, Ruhe und Ordnung zu erhalten. Der Beamte der Metallarbeiter in Seraing ist verhaftet worden, was bald wird nicht genehmigt. Mit solchen Maßregeln wird die Polizei nur die Ruhe föhlen.

Werden Regierung und Bürgertum, soweit es konservativ ist, dem unüberstiehbaren Verlangen des Volkes nach Erweiterung seiner Rechte Rechnung tragen, auf das ihre Herrlichkeit nicht von den Wogen des Kampfes verschlungen wird?

Reichstagsbrief.

Große Angelegenheiten standen vorige Woche im Reichstage zur Beratung, aber sie fanden bei den im Niedergang befindlichen bürgerlichen Parteien nur blödsinniges Interesse. Wieder war es die Opposition der Sozialdemokratie, die eingehend und kritisch die Situation würdigte.

Zunächst griffen die Genossen Bernstein und Ledebour sachkundig in die Debatte über das Auswärtige Amt ein. Die Unzulänglichkeit und Unbeholfenheit der auswärtigen Politik könnte nicht besser illustriert werden, als durch die Persönlichkeit des neuen Staatssekretärs v. Hagnow. Besitzt der Herr auch keine Redegabe, so müsste er doch wenigstens in seinen Ausführungen eine tiefere Auffassung der auswärtigen Verhältnisse verraten oder auf gestellte Fragen eine gewandtere Antwort geben können, als er bisher getan. Freilich betrachtet die Regierung die auswärtige Politik als ein Rühmlichkeiten für die Parlamentsparteien und erachtet sie nur ihrer Erwecktheit empfohlen und durch sie behandlungswürdig. Über pfiffige Geschäftsleute sind ihr darin über und die Sozialdemokratie noch viel mehr.

Genosse Bernstein zergliederte die soziale und politische Wirtschaft im Orient und warf der Regierung vor, ihren Einfluss niemals zur Beseitigung dieser Misshandlung, die zu Unruhen führte und Krieg im Gefolge haben mußte, geltend gemacht zu haben.

Ledebour röste dann großzügig das Völkerproblem im Orient auf und wies nach, wie das falsche System der Regierungspolitik die zarisch-russischen Zettellungen und Anmaßungen ermöglicht, statt auf eine Verständigung der Kulturrationalen des europäischen Westens hinzuarbeiten. Diese gründlichen Auseinandersetzungen fanden wohl das Gehör des Hauses, aber keinen Widerhall in den bürgerlichen Parteien, und die amtliche Unbeholfenheit auf den Regierungsbänken schwieg. Sie konnte keine Auskunft geben, wie sie sich zur Zurechtweisung des Staatsfürsten von Montenegro stelle, der den Balkankrieg noch weiter hinzuschleppen droht. Die hilflose Lächerlichkeit, die die europäische amtlich geachte Diplomatie bei Ausbruch des Balkankrieges zeigte, fand in der Haltung der deutschen Diplomatie im Reichstag ihre beste Kennzeichnung.

Die bürgerlichen Parteien befassten sich wesentlich mit der Frage, wie das Auswärtige Amt besser zu besetzen sei und wandten sich gegen das Privilieg des Adels, der allein bisher für die Besetzung der wichtigsten Amter in Betracht kommt, ohne die nötige Qualifikation dazu zu besitzen. Natürlich unterstützte die Sozialdemokratie das Verlangen nach einer Aenderung dieser überkommenen Geprägtheiten, die eben den Niedergang der Diplomatie in Deutschland zur Folge haben müssen.

Dann kam der Stadtschulrat an die Reihe. Den Reichen der Reichskanzlei an die Reihe. Den Reichen der Redner eröffnete Genosse Dr. Grädnauer. Er geißelte, daß in Deutschland der Zustand des halben Absolutismus und des Bürokratismus erhalten werde. Die reaktionäre Politik, die der Reichskanzler treibt, führe diesen Zustand weiter fort. Sie zeige sich in kleinlicher Weise bei dem neuen Wahlurnengesetz, daß nur schlägern die Münzstände bei den Wahlen streift. Dreister ist sie in der Abweisung der Forderungen der Arbeiter, deren Koalitionsrecht nicht gesichert, sondern mehr untergraben wird. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird von den Behörden fortdauernd beschränkt. Eine Schande sei die Ausweisung und Behandlung des französischen Deputierten Compteur-Morel, der über die Verständigung der deutschen und französischen Nation in Magdeburg und Braunschweig öffentlich sprechen wollte.

Und die Sozialpolitik der Regierung sei karg und arbeiterfeindlich. Noch immer sei die Heraushebung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre zum Bezug der Rente nicht herabgesetzt; die Witwen- und Waisenbezüge seien flüchtiges Almosen, der Wöchnerinnenabschlag unzureichend. Noch eine Reihe weiterer Missstände brachte Grädnauer zur Sprache, kam aber zu dem Schlusse, daß sie weiter bestehen würden, solange die Reichsregierung nichts sei, als eine Filiale der preußischen Regierung, in der die Junker herrschen.

Der Reichskanzler glaubte auf diese Angriffe nichts Besseres tun zu können, als die Sozialdemokratie — wie es heute noch Reichsverbändler tun — als eine Partei der Vaterlandslosigkeit und der Religionsspolierung hinzustellen. Für diese plumpen und veraltete Kampfmethode wird wahrscheinlich dem Kanzler bei der dritten Sitzung des Staats eine Lektion zuteil werden, die ihm die Unzulänglichkeit seiner Auffassung für einen Leiter des Reiches klar macht, obwohl Genosse Hüttmann ihm schon eine unverblümte Antwort erteilt hat mit dem Hinweis auf die letzten Reichstagswahlen, die eine Verurteilung der Politik des Kanzlers bedeuten.

Bei der Abstimmung über die sozialdemokratische Resolution, die das Proportionalwahlrecht und Neueinteilung der Wahlkreise verlangt, stimmten 140 Abgeordnete dagegen, 139 dafür.

Bei der zweiten Lesung des Militärerlasses, die dann folgte, kamen zunächst die Militärmißhandlungen in ausgiebigem Maße zur Sprache. Dabei wurde vom alten Rednern Schöpflin und Kunert, schärfstens gemacht gegen das System der Soldatenbehandlung, das die Misshandlungen verschuldet.

Außerdem wurde dem Kriegsminister der militärische Terrorismus zu Gemüte geführt, der durch den Militärhospitalkrankenhaus verübt wird. Ferner wurde eine Reihe weiterer Missstände, die der Militärmoral mit sich bringt, aufgedeckt und Abhilfe verlangt.

Der Kriegsminister v. Boettlingen deckte jedoch die schärfsten Zustände mit unglaublich leichten Redensarten, die im Unteroffizieramt dem Reichstag appliziert wurden. In einem Falle ging ihm jedoch der Atem aus. Genosse Liebknecht machte dem Reichstage unter spannendster Aufmerksamkeit Entschlüsse über das reichsschädliche Treiben der Waffenfabrikanten, speziell der Firma Krupp in Essen, die aus Gründen des Profits eine schimpfliche und verräterische Spionage in Reichsämtern treiben ließ, um daraus politische Vorteile zu erlangen. Ähnliche Manipulationen trieb die mit zum Teil französischem Kapital arbeitende Waffen- und Munitionsfabrik in Dillingen.

Von den Rüstungslieferanten wurde die Rüstungstreiberei zum Zwecke eigener Bereicherung systematisch gefördert. Das muß die Gefahr der Kriege erhöhen. Liebknecht gehörte dieses schändbare Verfahren und stellte besonders die Handlungen der Firma Krupp verdientermaßen an den Pranger. Urrollerliche Weise, für die Liebknecht obrüderlich die Belege dem Kriegsminister loyal zur Verfügung gestellt hatte, bestätigten die unsauberen und strafbaren Geschäfte der Kruppschen Spionage.

Wohl wagte der Kriegsminister keine Entschuldigung für die Firma Krupp, denn er hat die Angelegenheit den Gerichten zur Untersuchung usw. übergeben müssen, aber er erlaubte sich doch, den Leistungen der Firma Krupp ein Loblied zu singen, das die Angriffe Liebknechts abschwächen sollten.

Das war selbst den bürgerlichen Parteien zu stark, zumal die Angelegenheit nicht hinwegdämpft werden konnte und zu scandalös ist. Sie ließen durch ihre Redner die Misbilligung des Kruppschen Verfahrens ausdrücken, nur der Fortschrittsler Brabant wagte es, so etwas wie eine Entschuldigung der Firma zu unternehmen und die Schuld auf Unterbeamte, die bei der Spionage direkt beteiligt sind, abzuwälzen, wie es der Kriegsminister auch versucht hatte, aber dafür eine Abfuhr im Reichstage durch Genossen Liebknecht erhielt, wie auch ein bedeutender Teil der bürgerlichen Presse dagegen aufrat.

Die Angelegenheit ist nicht erledigt, der Abg. Spahn verlangte vom Kriegsminister eingehende Informationen über das gerichtliche Verfahren. Die Schneidigkeit des Kriegsministers erhielt damit einen verdienten Schlag.

Bis zum 30. April soll die 8. Lesung des Staats erledigt werden.

Das ihm etwas angehen werden kann, doch lieber zu Hause zu bleiben. Es ging aber am andern Morgen doch wieder zur Schicht und sagte, er werde erst am nächsten Tage zurückkommen, weil es heute zu gefährlich sei. In demselben Abend will Frau M. beobachtet haben, daß verschiedene Personen in der Nähe des Hauses sich aufhielten, anscheinend um heimkommenden "Streitbrechern" einen Denkzettel zu geben. In der Bezeichnung des Chemannes R. als Streitbrecher ist die Beleidigung erblickt worden, in den Worten: "dann . . . bonn . . ." in Verbindung mit der drohenden Bewegung des Fingers dagegen hat das Landgericht der Weisung des Reichsgerichts folgend, eine Drohung mit dem Vergehen der Körperverletzung erblickt, welche bezweckte, den R. zum Anschluß an den Streit zu nötigen. Die Revision des Angeklagten wurde am Freitag vom Reichsgericht vorworfen.

Ein aus lauter Grubenherren zusammengesetztes Gericht hätte den Bergmann Traz wahrscheinlich nicht so schwer bestraft, als es hier durch Berufsrichter geschehen ist. Deutschland hat wirklich die vollendeten Rechtsgarantien für die Unternehmer.

Der Gendarmeriewachtmeister mit dem Mitgliederverzeichnis. Im November v. J. erhielt der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes für den oberhessischen Bezirk Wetzlar-Nybnill von mehreren Mitgliedern zugleich die Mitteilung, daß der Gendarmeriewachtmeister Kapp aus Orzesche im Besitz eines Mitgliederverzeichnisses sei, mittels dessen er Mitglieder aussuche und sie auffordere, ihm die Mitgliedsbücher auszuhändigen. Der Bezirksleiter Danisch schrieb an den Wachtmeister einen Brief, in dem er ihn ersuchte, diese Tätigkeit zu unterlassen, da sie ungesetzlich sei und nicht zu seiner Aufgabe gehören. Weiter wurde in dem Brief die Vermutung ausgesprochen, daß der Wachtmeister das Mitgliederverzeichnis auch durch frühere Beschlagnahme von Verbandsmitgliedern erhalten haben könne, wobei er sich das Mitgliederverzeichnis abgeschrieben haben müsse.

Durch diesen Brief fühlte sich der Herr Wachtmeister beleidigt und stellte Strafantrag. Das Landgericht zu Gleiwitz gab dem Auftrag der Staatsanwaltschaft statt und verwies die Sache zur Verhandlung vor das Schöffengericht zu Nitosai. Im Termin wurde festgestellt, daß der Wachtmeister Mitglieder aufgesucht und auch zur Herausgabe der Mitgliedsbücher aufgefordert habe. Auch mußte er zugeben, daß er im Besitz eines Verzeichnisses der Mitglieder gewesen sei. Auf die Frage, woher er das Verzeichnis habe, verweigerte er zunächst die Aussage. Als der Vorsitzende meinte, daß habe er doch wohl von seiner vorgesetzten Behörde, stimmte er zu.

Der Angeklagte wurde, weil er dem Herrn Wachtmeister den Vorwurf gemacht hatte, er handle ungesetzlich, zu fünf Mark Geldstrafe verurteilt. Begründend wurde ausgeführt: Der Angeklagte sei ein gebildeter Mann und müsse darum wissen, daß der Vorwurf, der Wachtmeister habe ungesetzlich gehandelt, schwer beleidigend sei. Es könne ihm auch nicht der § 193 des Strafgesetzbuchs anerkannt werden. — Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt.

Der Politikparagraph gegen die Arbeiterjugend. Vom Schöffengericht Leichsen war der Bergmann Walter Michaeli wegen angeblicher Übertretung des "liberalen" Vereinsgesetzes zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er als Vorstand des angeblich politische Ziele verfolgenden Jugendvereins zu Leichsen keine Säugungen an die Polizei eingereicht und die Mitglieder unter 18 Jahren in dem Verein geduldet haben soll. Da dem Berurteilten von der Existenz eines Vereins, wie sich ihn der Amtsvertreter gedacht hat, nicht das geringste bekannt war, legte er gegen das Urteil Berufung ein. Nach zweimaliger, umfangreicher Verhandlung mußte die Naumburger Berufungskammer auf Freispruch erkennen, aber nicht, weil sie sich von der Halblosigkeit der Anklage überzeugte, sondern weil die angeblichen Straftaten des Angeklagten inzwischen verjährt waren. Das Gericht wußte, so hieß es in der Begründung, ohne diesen Umstand zu dem gleichen Ergebnis wie das Schöffengericht gekommen sein, denn von den als Zeugen vernommenen Jugendlichen sei, obwohl sie dem Worte "Verein" so viel als möglich auswichen, immer von "eintretenden und austretenden" Mitgliedern gesprochen worden.

Wieder eine verkrachte Innungskräfteklasse. Der Kassenführer Leichtenberg von der Krankenkasse der meist aus Zentrumsleuten bestehenden Düseldorfer Wirtschaften hat sich aus dem Staube gemacht. Nach wortdürftiger Feststellung hat Leichtenberg etwa 6000 M. veruntreut. Die Kassenverhältnisse bieten ein trostloses Bild, rund 25 000 M. Schulden stehen 5000 M. Vermögen gegenüber. Die Beiträge sollen auf 6 Prozent erhöht, die Leistungen auf das Mindestmaß herabgesetzt werden; ob das den Bankrott aufhält, steht dahin. In der letzten Vorstandssitzung beantragten die Gehilfenvertreter bei der Aufsichtsbehörde, die Auflösung der Kasse und die Überweisung der Mitglieder an die Ortskrankenkasse nachzuholen. Nach dieser Sitzung verschwand der früher christlich organisierte Kassenführer, der noch beim letzten Streit der freisinnigen Kellner diesen Moral predigen wollte.

Von dieser Vorstandssitzung ist das Vertrauen der Aufsichtsbehörde zu diesen Gebilden nicht erschüttert, und der Stadt von 400 000 Einwohnern wird demnächst auch noch eine Landkrankenklasse beschert.

Das Friedrichsfelder Schreinersurteil. Das Urteil der Mannheimer Strafkammer gegen mehrere Friedrichsfelder Arbeiter, die angeblich einen Hingegardisten arg angerichtet haben sollten, ist wie wir auch berichtet haben, auf eingelagerte Revision vom Reichsgericht aufgehoben worden. Am 16. April hatte sich daher dieselbe Strafkammer erneut mit der Sache zu beschäftigen. Urteil: Es wurden folgende Gefängnisstrafen ausgesprochen: Sattler: 3 Jahre 11 Monate (früheres Urteil: 5 Jahre 2 Monate), Weber: 3 Jahre 8 Monate (5 Jahre 2 Monate), Mehl: 4 Jahre (5 Jahre).

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr 17

Sonntag, den 27. April

1913.

Max Riesel †

Es wird uns die traurige Kunde, daß am Sonntag, den 20. April, zu Berlin-Steinendorf der ehemalige Gauleiter unseres Verbandes,

Max Riesel

verstorben ist. Auch unser Freund Riesel hätte, seinem Alter nach, noch viele Jahre in unseren Reihen stehen können, nur 49 Jahre alt, hat ihn der Schnitter Tod hinweggenommen. Max Riesel hat von seinen jungen Jahren an der Sache des Proletariats gebient, früh schloß er sich der Gewerkschaft und Partei an und hat es infolge seiner rastlosen Tätigkeit zu Ansehen und Ehren in der Arbeiterbewegung gebracht. In der Partei war er in mancher Körperschaft Groß-Berlins tätig, wie er auch längere Zeit die Reichstagskandidatur eines brandenburgischen Wahlkreises inne hatte. Für unsere Tabakarbeiterasse hat der nun von uns Geschiedene mit besonderem Eifer gekämpft, und als eine Generalversammlung die Gauenteilung beschloß, wurde Max Riesel vom Vorstand als Gauleiter für den Gau Berlin eingesetzt. Er hat auf diesem schweren Posten treu und ehrlich seine Pflicht erfüllt. Über die furchtbare Proletarierkrankheit kam über ihn und oft hat er seine Arbeit unter schwerer körperlicher Last trotzdem noch geleistet. Die Krankheit schritt fort und schließlich mußte er ausspannen; noch war ihm die Hoffnung, wieder mitarbeiten zu können, nicht entchwunden. Ein echtes Proletarierdasein ist nun beendet. Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, insbesondere die Mitglieder des Gaues Berlin, werden ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Kollegen Deutschlands!

Gedenkt der ausgeperrten Tabakarbeiter in Holland!
Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Welland,
Bremen, Faulenstraße 58/60, Postscheckamt Hamburg 11,
Postscheckkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen,
doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

Mehr Kraftentfaltung!

Die Voraussetzung zu gewerkschaftlichen Erfolgen ist selbstverständlich eine straffe Organisation. Die Straffheit und Spannungsfähigkeit der Organisation wird durch die in ihr herrschende Disziplin bedingt. Die große Zahl allein macht den Stahl nicht fest; wenn nichts dahinter ist, wie man zu sagen pflegt, wird man sehr bald die Schwächen, nach denen doch die Feinde so gerne spähen, erkennen und der Feinde Hoffnung und Mut wird sich beseben. Auch der große Gesamtteil ist allein nicht imstande, Siege zu ersehnen, obgleich er ja eigentlich noch mehr bedeutet, als die große Zahl. Immer ist es der eiserne Wille, ist es der unzerstörbare Zusammenhalt, der uns auf dem betroffenen Wege vorwärts bringt. Wir sind somit und sonders im Verband, um unsere Existenzverhältnisse zu verbessern, und zwar so bald als möglich, zählen also unsere Beiträge für einen ganz materiellen Zweck. Dass wir dafür auch eine Verzinsung wünschen, ist erklärlich. Unzweifelhaft erfolgt auch durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine sehr gute Verzinsung unserer Beiträge. Wir brauchen noch gar nicht damit zu rechnen, was wir als bare Unterstützung in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. zurückzuhalten wissen. Trotzdem müssen wir jederzeit darauf bedacht sein, wie unsere eingezahlten Beiträge immer noch höhere Zinsverträge abwerfen können. Ein Kapital, das brach liegt, mit dem nicht gearbeitet wird, bringt nichts ein; je regelmäßer der Kapitalist ist, um so eher darf er auf einem reicheren Erfolg hoffen. Auch in unseren Gewerkschaften liegt es so; je mehr wir für unsere Sache arbeiten, je regelmäßer wir sind, eine um so größere Verzinsung unserer Beiträge in Form von Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse dürfen wir erwarten. Es ist deshalb sehr wohl berechtigt, wenn die allzeit tätigen und pflichtstrengen Kollegen und Kolleginnen den Nachlässigen und Trägen hin und wieder einen Rüppenstoß versetzen und sie zur Mitarbeit anspornen.

Eine Mehrheit von Schläfmüzen ist wohl in der Lage, einen Verband zurückzuhalten, selbst wenn in ihm ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Berufsgeschäftigen organisiert ist. Es darf auch nicht vergessen werden, daß eine Gewerkschaft, ihre Arbeit und Bedeutung, eigentlich weiter reicht, als es oftmals scheint. So sehn sich auch die Nichtorganisierten zum Beitritt sträuben, so muß der Verband wohl oder übel ihre Interessen mit vertreten. Oft genug tritt das deutlich in die Erscheinung. Eine Gewerkschaft bildet nun einmal die Vertretung der ganzen Arbeiterschaft des Berufes. Das trifft auch für unsern Tabakarbeiter-Verband zu. Bekanntlich lassen sich auch die Unorganisierten unsere Errungenenschaften sehr gerne gefallen. Trotz oder gerade wegen dieser Tatsache sind wir der Meinung, daß um des Erfolges willen unsere Arbeit und Tätigkeit zu steigern ist, ja, daß sie gesteigert werden müssen.

Oft genug ist an dieser Stelle, in Versammlungen, auf Kongressen, selbst in den gesetzgebenden Körperschaften, die ungünstige Lage der Tabakarbeiterasse flargelegt worden; uns allen ist bekannt, wie sich gerade in der letzten

Zeit die Existenzverhältnisse der Tabakarbeiter- und arbeiterinnen verschlechtert haben. Das muß bei uns das Gefühl auslösen, unsere Kraft auf dem einen Punkt: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zusammenzufassen. Alles was im Wege liegt, dieses Ziel zu erreichen, muß fortgeräumt werden. Wohl wissen wir, daß es schwere Hindernisse zu beseitigen gilt. Wer haben wir denn nicht im Laufe der Zeit gelernt, uns gewerkschaftlich mit aller Bähigkeit zu betätigen? Wir sollten meinen, daß all die Stürme, die uns in den letzten zehn Jahren umtobt haben, uns wahrhaftig weiterhart genug gemacht hätten. Freilich, die Tabakarbeiter sind manchmal mehr Philosophen als Kämpfer gewesen, und es mögen heute noch manche unter ihnen sein, die sich hinter dem Arbeitsplatz bei Largem Lohn eine ideale Welt aufbauen, dabei aber die Gegenwart vergessen. Man braucht, wenn man für eine bessere Weltanschauung eintritt, dem Kampfe für die Gegenwart nicht interessiert gegenüberzustehen. Es ist heute mehr als je nötig, gerade in unserem Berufe, die Flammenzeichen des gewerkschaftlichen Kampfes loszulassen.

Wir schrieben oben von der Straffheit und Spannkraft der gewerkschaftlichen Organisationen; jetzt möchten wir nun fragen: ist es nicht möglich, auch im Deutschen Tabakarbeiter-Verband die Spannkraft auf ein höheres Maß zu bringen? Wir sind gewiß nicht der Meinung, daß unser Verband sich seiner Kämpfe und Erfolge zu schämen hat, doch wenn sich die Situation verschoben hat, wenn die Krise größer werden, müssen auch die Weile entsprechend geändert werden. In Organisationen, in denen die Kampfslage für die Arbeiter weit günstiger ist als bei uns, ist man auf das Lebhafte sofort geneigt, den veränderten Verhältnissen neue Formen und Kräfte entgegenzusetzen. Philosophisches Besinnen und Zaudern sind Dinge, die im gewerkschaftlichen Kampfe keine Rolle spielen dürfen, soll nicht den Arbeitern die anstürmende Flutwelle wirtschaftlicher Bedrückung über den Kopf zulammenschlagen. Nichts sollte uns abhalten, unser Verbandschiff ständig so in Kurs zu halten, daß es Wind und Wetter trocken länn.

Es gibt etwas, das man Körpsgeist nennt. Körpsgeist ist im gewerkschaftlichen Kampfe unentbehrlich. Unsre Tabakarbeiterasse hat nicht gerade allzu viel davon. Gewiß, auch das hat seine Erklärung; aber mit den Erfahrungen kann man nicht weit kommen, die Hauptsache ist immer, daß man dem Mangel, gleichviel welcher Art er auch ist, abzuholen sucht. Es kann Seiten geben, wo jedes Organisierten Sinn notwendig auf das Ganze gerichtet sein muß. Eigentlich sollte man immer den Blick auf das Ganze bei jedem, dem es ernst ist mit der Arbeiterbewegung, voraussezogen; aber soviel ist sicher: es läßt sich eher mit einer kleinen Armee disziplinierter, ihre Kraft einsiegender Kämpfer eine Schlacht gewinnen, als mit einem großen Heer, in dem der Körpsgeist fehlt. Zu bedauern ist, daß es sich in unserm Verband, wie in allen Gewerkschaften, ja nicht nur um eine Schlacht, sondern um einen dauernden Krieg handelt, so daß erst recht begüterte Kämpfer nötig sind. Nun wir unrecht, wenn wir angegesichts der gegenwärtigen Situation im Tabakgewerbe unseren Mitgliedern, ja allen Tabakarbeitern und -arbeiterinnen zurufen, ihr ganzes Sinnen und Denken, ihr ganzes Tun und Lassen zusammenzufassen für das eine große Ziel: unsern Berufsangehörigen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen? Wenn alles sich gegen uns konzentriert, sollen wir uns da gehen lassen? Man kann nicht siegen gegen die Übermacht des Kapitals und der ihr untergeordneten Gesetzgebung, wenn nicht jeder in unseren Reihen vorwärts will, wenn man die Organisation nicht als Vertretung in der Einstellung ansieht.

Eine größtmögliche Bedeutung unseres Verbandes durch hervorragende Kraftentfaltung, das ist es, was wir wünschen und erstreben, und mit uns jeder, der offenen Auges die Dinge in der Tabakindustrie überschaut. Spannkraft, Disziplin und Körpsgeist muß künftig in noch höherem Maße von unsreren Mitgliedern gefordert werden als bisher.

Die Volksversicherung.

Der Verfall von Versicherungen.

Der Zweck einer Lebensversicherung war ursprünglich, den Hinterbliebenen für den Fall des Ablebens des Versicherten eine Summe zur Deckung der Verzehrskosten und so zur Begründung einer neuen Existenz zu hinterlassen. Diese reine Todesfallversicherung ist mit der Zeit immer mehr gegen die Todes- und Lebensfallversicherungen mit abgeschärfter Prämienzahlung (10, 15, 20 Jahre usw.) zurückgetreten. Von den Versicherungsgesellschaften ist die letztere Art der Versicherung immer mehr forcirt worden, weil bei ihr das zu tragende Risiko ein geringeres ist als bei der Todesfallversicherung. Dem Agenten gewährt die abgeschärzte Versicherung die Möglichkeit, seine Provisionen zu erhöhen, und deshalb sucht er dem Publikum diese für dasselbe zweifellos nicht so günstige Versicherungsart, die bei den hohen Verwaltungskosten der Versicherungsgesellschaften in Wirklichkeit nichts weiter ist als eine sehr teure Zwangsparaffa, als die besser hinzustellen, indem er den Egoismus anstachelt und dem Versicherungsnachnehmer vorredet, er müsse doch leben, möglichst auch selbst noch etwas von seiner Lebensversicherung zu haben und nicht nur für laufende Leben zu sorgen.

Die Gefahr des Eintritts von Zahlungsunfähigkeit des Versicherten ist nun zweifellos bei kurzen Versicherungsperioden nicht so erheblich wie bei der lebenslänglichen Todesfallversicherung; trotzdem nun die Zahl der Versicherungen mit abgeschärfter Prämienzahlung enorm angewachsen ist, versällt aber dennoch jährlich eine ungeheure Zahl von Versicherungen. Die Ursache für diese den Wert der Volksversicherung für die ärmeren Schichten der Bevölkerung völlig in Frage stellende Erscheinung liegt in den Versicherungsbedingungen der bestehenden Gesellschaften. Bis zum Jahre 1910 war eine gleiche Beliebung über den Verfall von Versicherungen nicht vorhanden. Die Gesellschaften gestatteten anfänglich bei Nichtzahlung der Prämien eine Umwandlung einer Versicherung in eine

beitragsfreie nur dann, wenn dies seitens der Versicherer ausdrücklich und schriftlich beantragt wurde. Von diesem Rechte wurde begreiflicherweise nur in vereinzelten Fällen Gebrauch gemacht. Der Verfall der Versicherungen war deshalb ein enormer und war für die Gesellschaften eine gute Gewinnquelle. In seinem Werke: "Die Reform der Volksversicherung" sagt Dr. Hans Kroll dränglich des Verfalls von Versicherungen bei der "Victoria":

"Seit 1892 (März) betreibt die "Victoria" die Volksversicherung. Bis Ende 1900 fertigte sie insgesamt aus: 3.020.808 Polcen über 804.056.455 M. Davon waren am 1. Januar 1901 noch in Kraft: 1.028.551 Polcen über 23.902.828 M. Der Gesamtabgang betrug also: 1.892.252 Polcen über 284.493.627 M. Dieser legte sich zusammen aus dem normalen Abgang durch Tod, Auszahlung der Versicherungssumme und Umwandlung in prämienfreie Polcen in Höhe von 82.744 Polcen über 23.868.605 M., das sind nur 2,08 Prozent aller beantragten Polcen oder 3,04 Prozent der insgesamt beantragten Versicherungssumme. Da indessen viele Todeställe in die Statistik fielen, wurden tatsächlich nicht 23.902.805 M., sondern nur 4.481.588 M. ausbezahlt, das sind 0,74 Prozent aller beantragten Versicherungssumme.

Andererseits erloschen durch Verfall und Nichtentlösung der Polcen: 1.329.508 Polcen über 280.625.122 M., das sind 44,01 Prozent aller beantragten Polcen oder 43,15 Prozent aller beantragten Versicherungssummen. Der normale Abgang ist also 21 mal so groß als der normale und letzterer läßt zu $\frac{1}{2}$ in die Statistik. Im Durchschnitt stellt sich die Dauer einer Polce der Volksversicherung, insoweit der hohen Verfallsziffer nach Angaben von Fachleuten auf etwa vier bis fünf Jahre. Bleibt man hierbei die Statistik von zwei bis drei Jahren ab, so verbleiben noch bis drei Jahre, in denen der Wahrscheinlichkeitsberechnung nach die Zahlung der vollen Versicherungssumme bei Tod erfolgen würde. Die Wahrscheinlichkeit des Todes innerhalb dieser zwei bis drei Jahre stellt sich auf 2 bis 4 Prozent, genau eine recht minimale Differenz im Verhältnis zu den dafür gebrauchten Differenzen."

Infolge der allgemeinen Empörung gegen den unbegrenzten Verfall haben sich die Versicherungsgesellschaften genötigt, schon im Jahre 1898 in ihren Versicherungsbedingungen die Verfallszeit zu begrenzen. Seit 1910 ist endlich durch das Gesetz die Sache endgültig geregelt worden. Eine drei Jahre lang Prämien für eine Versicherung bezahlt, so muß jetzt die Umwandlung in eine prämienfreie erfolgen, ohne daß es dazu eines besonderen Antrages bedarf. Trotz der gesetzlichen Beschränkung der Ausbeutungsfreiheit der Arbeiter durch die Kapitalisten ist aber auch jetzt noch der Verfall von Versicherungen ein sehr starker.

Nach einer von uns nach den Geschäftsjahrsberichten der "Victoria" für die Jahre 1904 bis 1911 einschließlich vorgenommenen Zusammenstellung sind bei dieser Gesellschaft in dieser Periode an Versicherungen erloschen:

durch Tod	209.686 Polcen mit 41,4 Mill. Mtl. Versicherungssumme
Ablauf 1.081.078	149,3 "
Rücklauf 28.404	9,5 "
Verfall 614.953	156,6 "
Reduktion und Umwandlung	53,9 "
Zusammen	1.934.121 Polcen mit 410,7 Mill. Mtl. Versicherungssumme

Normal war der Verlauf der Volksversicherungen bei der "Victoria" also auch in dieser Periode nur bei 190,7 Millionen Mark = 46,4 Prozent von der Gesamtversicherungssumme.

Bei der "Friedrich Wilhelm" liegen die Verhältnisse noch ungünstiger. Von 1908 bis 1911 insl. sind bei derselben Versicherungen erloschen:

durch Tod	130.245 Polcen mit 19,0 Mill. Mtl. Versicherungssumme
Ablauf 43.861	8,2 "
Rücklauf 1.203	0,3 "
Verfall 589.220	87,8 "
Reduktion und Umwandlung	21,0 "
Zusammen	714.129 Polcen mit 136,3 Mill. Mtl. Versicherungssumme

Normal, durch Tod und Ablauf, erloschen bei der "Friedrich Wilhelm" also nur 178.606 Polcen mit 27,2 Millionen Mark Versicherungssumme; 540.523 Polcen mit 109,1 Millionen Mark Versicherungssumme dagegen sind anormal verlaufen.

Gegenüber der "Friedrich Wilhelm" steht die "Victoria" also sehr günstig da; es ist ihr daher auch nicht zu verargen, daß sie diese Tatsache agitatorisch für sich zu herverwerten sucht. In der Januarausgabe ihrer Monatsblätter veröffentlicht sie eine Tabelle über den Abgang von Polcen bei verschiedenen Gesellschaften, die auch für die Allgemeinheit Interesse hat, weshalb auch wir aus ihr die wesentlichsten Angaben zum Abdruck bringen:

Gesellschaften	Gesamt-Abgang	Durch Sterbefälle	Rücklauf bei Lebenszeit	Aufgabe der Versicherung mit Bezügssumme	ohne Bezügssumme	im Gros.
Victoria	288.097	31.664	166.575	6248	83.610	29,0
Friedrich Wilhelm	167.711	35.780	14.643	404	116.884	69,69
Iduna	62.361	2.868	9.525	110	49.860	79,95
Wilhelma	26.072	1.773	2.017	716	21.566	82,7
Deutschland	11.574	1.882	910	316	8.466	73,1
Arminia	19.826	1.263	10.806	161	7.590	38,5
Hamburg-Mannheim	11.220	536	1.786	1079	7.819	69,2
Urania	7.887	475	2.741	161	4.510	57,2
Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein	1.774	976	47	556	195	11,0
Lebens-Versicherungs-Banken	3.704	114	—	—	3.590	96,92
	600.226	77.381	209.051	9754	301.090	50,66

Der vorstehende Tabelle ist eine weitere über die erloschenen Versicherungssummen hinzugefügten, von der wir nachstehend nur die Summe für sämtliche genannte Gesellschaften bringen wollen:

Im Jahre 1911 sind an Versicherungen erloschen:	
durch Tod	13,9 Millionen Mark = 10,55 %
Ablauf	31,6 " = 24,0 %
Rücklauf	19,7 " = 14,96 %
Verfall	66,5 " = 50,49 %
Zusammen	131,7 Millionen Mark.

Dr. Hans Kroll bringt in seinem Werk eine statistische Zusammenstellung über den Abgang im Volksversicherungsgeschäft im Jahre 1900 für die verschiedenen Gesellschaften. Nach derseben Abgang der normale Abgang 7 Millionen Mark, der anormale 52,0 Millionen Mark. Versicherungssumme.

Vergleicht mit 1900 mit 1911, so muß festgestellt werden, daß in dem letzten Jahrzehnt eine erhebliche Besserung eingetreten ist; im Jahre 1911 betrug bei der Versicherungssumme der normale Verlauf 34,55 Prozent, der anormale 68,45 Prozent, ein immerhin noch höchst ungünstiges Verhältnis.

Über 300.000 — über die Hälfte der in einem Jahre erloschenen Versicherungen — sind im Jahre 1911 ohne Vergütung verfallen. Man bediente 300.000 arme Leute waren im Jahre 1911 infolge Arbeitslosigkeit oder Krankheit in der Familie nicht vorhanden, ihre Prämien weiterzahlen zu können, die häufigen durch nicht nur ihre Eintrettsprämien von 1,50 M. bis 2 M. per Versicherung ein, sondern auch die eingeduldten Prämien. Wie groß diese Summe ist, melde uns leider die Tabelle der "Victoria" nicht.

Der Versicherungsbetrieb ohne Storno (Berall) ist nun leider nicht möglich, auch wenn die Gesellschaft, wie wir es tun, sich die allererdentümliche Mühe gibt, es zu verhindern" — erklärt die "Vitória" und mit ihr alle anderen Gesellschaften.

Die Herrschaften läuschen sich, die Wollförsorge wird es als Ehrensache betrachten, Verhandlungen zu treffen, nach welchen bei ihr der Versall von Versicherungen ohne Vergütung nur in wenigen Ausnahmefällen möglich ist; sie wird sich nicht an dem Geiste der Vernunft der Armen verschwören. Wie sie das schwierige Problem gelöst hat, wird von uns in einem späteren Artikel ausführlich dargelegt werden.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Die Zigarrenindustrie im Bericht 1911 der Gewerbeinspektion. In den der Gewerbeinspektion unterstellten 76 Anlagen zur Zigarrenfabrikation zählte die bremische Gewerbeinspektion im Jahre 1911 456 Arbeiter; von diesen waren erwachsene männliche Arbeiter 327, Arbeiterinnen über 16 Jahre 122, jugendliche von 14 bis 16 Jahren männliche 5 und weibliche 2. Zuwidderhandlungen gegen die Bestimmungen betrifft: Beschäftigung von Arbeiterinnen wurde 1 Fall mit 7 Arbeiterinnen ermittelt; es handelte sich um die ungesehliche Beschäftigung von Arbeiterinnen an einem Vorabend zum Sonntag, bezw. Festtag. Einer Firma wurde die Erlaubnis erteilt, an drei Sonntagen arbeiten zu lassen; es kommen 8 Arbeiter mit 120 Arbeitsstunden in Frage. In einem Falle wurde der Antrag auf Sonntagsarbeit zurückgewiesen. Der Bericht bezeichnet die Geschäftslage in der Zigarrenindustrie im Jahre 1911 als recht günstig, da sie sich, soweit es sich um die Herstellung besserer Sorten handelt, von dem im letzten Bericht geschilderten Ließstand langsam erholt habe, hingegen habe der Absatz billiger Sorten noch sehr zu wünschen übrig gelassen.

sk. Gehört der Gewerbebetrieb der Zigarrenmacher zum Handwerk oder zur Industrie? (Nachdruck verboten.) Urteil des Landgerichts Oldenburg. Die wesentlichen Merkmale des Fabrikbetriebes, die ihn vom Handwerk unterscheiden, sind nach dem Landmannischen Kommentar zur Gewerbeordnung vier, nämlich 1. die Arbeitsteilung zwischen der vorwiegend laufmännischen Tätigkeit des Unternehmers und der technischen Tätigkeit der Gehilfen, 2. die Arbeitsteilung unter den Gehilfen, 3. die Konzentration der Arbeit in der gewerblichen Anlage des Unternehmers und 4. ein großer Umfang der Produktion bzw. Arbeitsleistung. Im Anschluß daran hat das Landgericht Oldenburg entschieden, daß der Gewerbebetrieb eines Zigarrenmachers, der ungefähr 20 Arbeiter beschäftigte, zur Industrie zu rechnen sei. Sonach können auch die Befehle der Gewerbeordnung über die Anleitung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben keine Anwendung finden, wenn es sich um einen industriellen Betrieb handelt. Lebzigens kann in dieser Beziehung nach Ansicht des Gerichts für den gegebenen Fall diese Unterscheidung entbehrt werden, da im Zigarrenmacherhandwerk überhaupt keine handwerkähnliche Ausbildung von Lehrlingen stattfindet, und auch schon deshalb der Gewerbebetrieb kein Handwerk ist. Noch hat die Handwerkskammer des Herzogtums in W. einen Gesellenprüfungsausschuss eingerichtet; sie betrachtet und behandelt die Zigarrenmacherbetriebe in W. als Handwerksbetriebe und verlangt eine handwerkähnliche Ausbildung der Lehrlinge. Jedoch sieht sie sich damit in Widerspruch mit den Ansichten und Erfahrungen der angrenzenden Kammern in Osnabrück und der Hansestädten, die übereinstimmend eine handwerkähnliche Ausbildung von Lehrlingen im Zigarrenmacherhandwerk nicht für erforderlich halten und dieses Gewerbe zur Industrie, nicht zum Handwerk rechnen. Lebzigens teilt diese Ansicht auch der im Bezirke der Handwerkskammer Oldenburg eine Zigarrenfabrik betreibende Sachverständige E. in W. und nach seinem Urteil mit ihm die große Mehrzahl seiner Fachgenossen des Herzogtums. Weiter wird aber auch in Preußen allgemein, nicht nur von der Kammer in Osnabrück, diese Ansicht geteilt werden, da durch preußischen Ministerialerlaß vom 11. Juli 1902 dem Zigarrenmacherhandwerk aus dem fraglichen Grunde allgemein die Zugehörigkeit zum Handwerk bestritten worden ist; zu vergleichen ist übrigens auch die Aufzählung der Handwerke im preußischen Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsortorganisation des Handwerks usw. vom August 1896, in der das Zigarrenmacherhandwerk fehlt. Sonach rechnen die beteiligten Kreise das Zigarrenmacherhandwerk allgemein zur Industrie und sehen die in diesem Gewerbe beschäftigten jungen Gehilfen als jugendliche Arbeiter, nicht als Lehrlinge an, mit denen ein Lehrvertrag geschlossen werden müsse. Sonach sind die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Lehrlingsverträge usw. nicht anzuwenden; darum wurde in dem Prozeß, der obiger Entscheidung zugrunde lag, der Angellage, der der Verlesung der eben genannten gewerberechtlichen Vorschriften beschuldigt worden war, freigesprochen. (Vergleiche Gewerbebericht Bd. 12, S. 141 ff.)

Der Trick in der Zigarrenindustrie. Wenn es wahr ist, was der Hamburger "Börsen-Courier" berichtet, so ist nunmehr der englisch-amerikanische Tabaktrust auch in die deutsche Zigarrenindustrie eingedrungen. Das Blatt meldet nämlich, daß der Trust eine 800 Arbeiter beschäftigende Hamburger Zigarrenfirma angekauft hat.

Betriebsgewinn. Die Adelrompagie A.G. Zigarettenfabrik in Dresden hat im Jahre 1912 bei einem Aktienkapital von 700 000 M. nach Abschreibungen von 15 Prozent einen Bruttogewinn von 121 603,21 M. erzielt. Ein "Entbehrungslohn" für die armen Aktionäre, der sich ihnen lassen kann. Nicht so gut ist es der Aktiengesellschaft "H. B. Zanger" Zigarettenfabrik in Karlsruhe, erlangt; sie hat zwar einen Bruttogewinn von 75 204,07 M. auf den vorjährigen Salze erzielt, aber für Unfälle sind 105 239,31 M. aufgewendet worden, so daß danach ein Verlust von 30 035,24 M. verzeichnet wird.

Aus der Schweiz. Das Organisationsverhältnis der bremischen Tabarbeiter bedarf noch dringend der Verbesserung. Dem Verband der Kohlebrüder und Gewerkschaftsarbeiter in welchem sich die Tabarbeiter organisiert sind, gehörten am Schluß des Jahres 1912 205 Da-

babarbeiter und Tabakarbeiter an. In der Schweiz werden 9—10 000 Tabarbeiter beschäftigt. Trotz des schlechten Organisationsverhältnisses sind doch in einigen Orten beachtenswerte Lohnaufbesserungen erreicht worden.

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Wie berichtet wurde, sind die Tabarbeiter (Zigarrenindustrie) in eine Lohnbewegung eingetreten. Sämtliche mit den dänischen Fabrikanten abgeschlossenen Verträge sind gekündigt worden. Vor Zugang nach Dänemark wird streng gewarnt.

Amsterdam. Seit einiger Zeit befinden sich die in der Zigarrenindustrie Hollands beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung, möhet es in Rotterdam, Dordrecht und Gorinchem zur Arbeitseinstellung kommen. Die vereinigten Zigarrenfabrikanten antworteten mit der Aussperrung der organisierten Tabarbeiter.

Torgau (Prov. Sachsen). Die Firma P. Platz bewilligte 50 M. pro Mille und bei einer Sorte 1 M. pro Mille. Der Minimallohn beträgt nunmehr 8,50 M. pro Mille bei freier Zurichtung.

Altzhommiern (Prov. Sachsen). Die Bewegung bei der Firma: "Wirtschaftliche Genossenschaft für Tabak- und Zigarrenfabriken" endete damit, daß den Zigarrenmachern, die die Decke mit der Rippe aufgesetzt erhalten, eine Lohnzulage von 50 M. pro Mille bewilligt wurde bei Anerkennung eines Minimallohnes von 9 M. pro Mille. Der Lohn der im Tage lohn beschäftigten Zurichterinnen wurde von 1,20 M. auf 1,50 M. und der Akkordlohn für Abripperinnen von 5 M. auf 7½ M. pro Pfund erhöht. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 Stunden. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Eriebes (M. J. V.). Die Bewegung bei den Firmen Otto Klähn und Frau L. Künnzel nahm einen guten Verlauf. Beide Firmen erhöhten den Minimallohn von 8,50 M. auf 9,00 M. pro Mille bei Lieferung mit der Rippe aufgesetzter Tafte, feuchtem Umlaut und festiger Einlage. Die hierbei gemachten Lohnzulagen betragen 50 M. bis 1,50 M. pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 60 Stunden auf 55 Stunden reduziert.

Saarn bei Mülheim (Provinz Rheinland). Die Differenzen bei der Firma Rosendahl u. Seltén sind zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt. Die Firma beabsichtigte, die eingegangene Verpflichtung zu lösen, wonach bei Bearbeitung von Sandblatt ein Lohnzuschlag von 25 M. pro Mille gezahlt wurde. Nach dem gemeinsamen Widerstande, den die Arbeiter leisteten, erklärte sich die Firma bereit, den Lohnzuschlag von 25 M. pro Mille weiter zu zahlen.

Berlin. Die Firma D. Bonnkeffel, Berlin NW, Walstr. 39, hat die tariflichen Abmachungen, welche mit dem Deutschen Tabarbeiterverband getroffen wurden, aufgehoben, die Zigarren zu verschletern, seit es durch Beratung von Rippe aufgesetzter Tafte, feuchtem Umlaut und festiger Einlage. Die hierbei gemachten Lohnzulagen betragen 50 M. bis 1,50 M. pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 60 Stunden auf 55 Stunden reduziert.

Hamburg. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zugang nach Hamburg und Umgegend fernzuhalten.

Achung, Arbeitsbrüder! Streik in Crefeld!

Seit acht Wochen stehen in Crefeld 2300 Farbereiarbeiter im Streik, um sich eine bessere Existenz zu erkämpfen. Die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse reichen nicht aus, um die Differenzen friedlich beizulegen. Die Christenführer haben den Streikbruch proklamiert und treiben ihre Leute in die Betriebe. Doch ein großer Teil derselben hat diesen. Auch Arbeitervertretern die Gefolgschaft versagt und kämpft mit den freiwähligen Arbeitern weiter. Die Polizei ist rege in Tätigkeit, um die mühsamen Elemente zu beschützen. Etwa 300 "Hinzebrüder" sind als Streitbrecher herangezogen worden. Da diese noch nicht austreideln, haben die Arbeitgeber Agenten in alle Teile Deutschlands geschickt, um Arbeitswillige zu werben. Dies ist ihnen auch schon in mehreren Fällen gelungen. Ja, sogar organisierte Arbeiter (vor allem Fabrikarbeiter) sind darauf hereingefallen und sind durch diese Agenten nach hier gesleppt worden.

Wir machen daher an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam und erfreuen alle Arbeiter, sich unter keinen Umständen von irgend einem Agenten anwerben zu lassen und nach Crefeld zu kommen.

Arbeiter, mit euren kämpfenden Arbeitsbrüdern gegenüber Solidarität! Der Streik ist noch nicht beendet. des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Der Vorstand
Die ausländische Presse wird um Nachdruck gebeten!

Eingebracht.

Seien man die vielen Eingebrachten über den § 9 des Statuts ließ, kommt man an altherd Nutznießungen über das Kritisieren des Vorstandes oder des Ausschusses. Hier kommt doch nur in erster Linie die Kritik des Verbandes in Betracht. Die Frage ist in erster Linie die: "Zuviel ist der Verband geschaffen?" Nur um die Existenz besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, um der Ausbeutung entgegen zu können! Ferner, um unsere Arbeitskollegen, die auf die Wanderschaft gehen müssen, zu unterstützen, damit sie eben nicht gestohlen sind, als Obdachlose jede Arbeit annehmen und womöglich andere Kollegen durch Billigkeiten zu verdrängen, wie es manchmal in der Artlage ist. Es ist eben der Kampf ums Dasein. Der Verband ist auch da, um Auflösung in wirtschaftlicher Beziehung zu fordern, damit herartiges nicht vorkommt unter den Kollegen, damit die Lage auch ersehnen. Der Verband soll daher eine Kampfbewegung sein. Daß wir in immer gegen die vielen Unterstützungsformen gewesen.

Die habe diese Art Anträge auf der Generalversammlung in Brandenburg a. S. — Arbeiterschaftsmärkte Halberstadt und Bördeland kämpft. Der alte Zuge unserer Brüder bringt es Unterstützungsformen einzuführen. Wir wollen damit die Subsistenz- und meistlichen Kollegen zu unserer Unterstützung heranziehen. Es ist aber zu hoffen nicht genügend erzielt worden. Es war höchst notwendig, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Ich bin ja der Meinung, daß der heutige kapitalistische Staat, daß die heutige Produktionsweise, das System, welches die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zuläßt, schuld ist an den Krisen und der resultierenden Arbeitslosigkeit. Demnach wäre der Staat und seine Gesetzgebung verpflichtet, die Arbeitslosenversicherung über das ganze Reich — natürlich nach unseren Einstellungen und in unserem Sinne — einzuführen.

Um hat der Kollege Trippen zwei Urteile eingehandelt, welche hervorhebt, daß der § 9 es ihm angetan hat. Lieber Kollege Trippen! Die Eingebrachte lassen etwas Egoistisches erkennen. Man schreibt und hält: Semper aliquid haeret — es bleibt immer etwas hängen. Denn, lieber Kollege! Aussagen ist doch niemals eine Arbeitslosigkeit! Es muß klar und bestimmt im § 9 des Statuts ausdrücklich werden, daß nur bei wirklicher Arbeitslosigkeit, also bei Entlassung aus der Arbeit, Unterstützung gezahlt wird. Wohl sollte führen, wenn der Verband bei Aussage der Arbeit Unterstüzung zahlen sollte? Was allerdings durch die Verfügung geschehen ist. Kein vernünftiger Mensch könnte glauben, daß der Verband das leisten kann. Ich bin auch gegenwärtiger Meinung als mein Kollege Streich, der ebenfalls Aussagen als Arbeitslosigkeit erklärt. Der Buchdruckerverband hat dasselbe gehabt, und hat das Ossenimo, trotzdem er sich finanziell eine solche Unterstützung leisten konnte, wieder abgeschafft, weil er diese Erfahrungen gemacht hatte. Die Buchdruckerherrscher haben sich gesagt, der Verband bezahlt ja, was sonst der Besitzer — wenn er Arbeitskräfte behalten wollte — selbst bezahlen müsste. Und so steht es ganz genau bei uns. Die Verfügung des Vorstandes mußte, trotzdem er es gut damit meinte, gar nicht erlassen werden, dann wäre die ganze Auseinandersetzung nicht gekommen.

Was sagt aber die Verfügung des Vorstandes? Wer länger als 6 Tage ausseilen muss, erhält Unterstützung! Nun ist aber in vielen Fällen 3 und 4 Tage ausgezahlt worden! War das richtig, Kollege Trippen? Warum bist du gar nicht darauf eingegangen? Was hast ihr denn bei euch in Neubranden, nach Aussage deiner eigenen Kollegen, gemacht? Ihr habt euch ganz einfach die Rechte eingerechnet, damit 7 Tage herauszahlen, und habt Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Da kommt doch wahrscheinlich nicht die Rechenschaft in Betracht: Wir haben nicht so viel Verdienst wie, daß wir darauf verzichten können! Das sind Illusionen! Wir haben der Sache zu dienen. Dann, nachdem es von hier aus gerichtet wurde, wie du wohl wissen wirst und vom Vorstand bekannt gemacht wurde, daß es aus der Abrechnung nicht ersichtlich war, daß aber die Unterstützung zurückgezahlt werden muß, hast du geschwiegien. Warum?

Es wäre trafig, wenn es so weitergehen sollte, denn Sicher wären es 100 000 M., die gezahlt werden müssten. Ich meine, Kollege Trippen, die Meining, die du verzafft, stimmt einfach nicht mit der Wirklichkeit überein. Nehmiges sollte man unseren Gegnern kein Material verschaffen, und solche Kritiken verfassen, wo es gar nicht notwendig war. Man soll doch alles bedenken. Gewiß, Kollege Trippen! Jeder soll seine Meinung frei zum Ausdruck bringen, aber man kann sich auch Beschränkungen auferlegen und eine Grenze setzen, ohne daß man deshalb mit seiner Meinung hinter dem Bergen zu halten braucht. Schließlich kommt es auf das an, was uns zum Ziel führt. Du siehst ja ohnehin, wie "günstig" veranlagt die mehreren "Zöllner" sind. Es ist gut, daß der Verbandsstag kommt, um alles im Interesse der Gesamtorganisation zu regeln. Doch die Organisation ist unsere Parole.

Frankfurt a. O.

m

Eingebracht.

Sind unsere Unterstützungsvereinigungen reformbedürftig?

Was mich veranlaßt, diese Zeilen zu schreiben, ist der Artikel "Arbeitslosenunterstützung" in Nr. 15 des Zahalt-Verleiher. zunächst einige allgemeine Worte über die Lage in unserem Berufe. Diese sieht allerdings sehr wenig rosig aus. Von allen Seiten wird große Klage geführt über Arbeitsmangel. Ist diese schlechte Konjunktur auch noch ein "Erfolg" der Werkzeugmacher, so sind doch auch noch andere Momente für diese Tatsache ausschlaggebend. Mehr und mehr haben sich die Fabrikanten verändert, daß Material an den Zigarren zu verschletern, sei es durch Verarbeitung von Rippe, Verwendung von Umlaut als Deckblatt, oder was sonst ein findiges Fabrikantenhirn je ertrinken vermag. Viele Leute wenden sich aus diesem Grunde mehr der Zigarette zu, weshalb die Zigarette langsam aber sicher zurückgebracht wird. Doch noch eins darf nicht vergessen werden. Das ist die Teuerung, wie sie im letzten Jahre eingesetzt hat und von der leider nicht zu erwarten ist, daß sie in absehbarer Zeit wieder verschwindet. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß, da alles teurer geworden ist, die Brüder aber in dem Maße nicht gestiegen sind, man die Abschaffung jedes Lohnzuges zurücksetzt; und dazu gehört doch vor allem die Zigarette. Deshalb glaube ich nicht sehr zu gehen in der Ansicht, daß unsere Lage, wie sie jetzt ist, als normal zu betrachten ist; d. h. also, die Zahl der Arbeitslosen wird sich auf lange Zeit nicht verringern, die Industrie wird nicht mehr in der Lage sein, allen in ihr beschäftigten Arbeitern Unterhalt zu gewähren; und die Konsequenz davon ist, daß eine große Anzahl Arbeiter aus der Zigarrenbranche verdrängt wird. Diese Umstände sind natürlich für unsern Verband von einschneidendem Bedeutung, woraus sich für den Verband die Folge ergibt, daß vor der Arbeitslosenunterstützung im weitesten Maße Gebrauch gemacht wird. Dieses veranschaulicht wohl am eindrücklichsten die teilweise recht heftig geführten Polemiken betrifft des § 9 in unserer Zeitung. Und da möchte ich einmal die Frage aufrufen: Wozu ist denn eigentlich der Verband da? Soll der selbe nur dazu dienen, den Mitgliedern bei Arbeitslosigkeit oder sonstigen Notfällen hilfreich unter die Arme zu greifen? Oder wollen wir durch unsere Beitragserhebung erreichen, einen Runds anzuregen, der uns bei wirtschaftlichen Kämpfen ermächtigt, mit Erfolg in Lohnbewegungen einzutreten zu können.

Wer da aber sagen will, der Verband dient lediglich den Unterstützungen der Mitglieder, die Besserstellung ist Nebenzweck, der hat überhaupt nicht begriffen, warum wir den Verband haben und welche Ziele er dienen soll. Es ist ja nur zu begreiflich, daß wir uns in Beiträgen der Art an den Verband anschließen, aber ist es deshalb berechtigt, mehr aus denselben herauszuholen, als wir hinzugezahlt haben? Sehen wir uns einmal jede Bürgerliche Einrichtung ähnlicher Art an, sei es Versicherung oder Krankenfasse oder dergleichen, können die mehr leisten als das, was hinzugezahlt werden ist? O nein! Im Gegenteil, die wollen doch, wenn irgend möglich, noch Profite dabei machen. "Wir wollen keinen Profit, wir wollen nur, was uns statutengemäß zusteht", wird die Antwort lauten. Ganz gut, aber zahlen wir doch einen dementsprechenden Beitrag, doch mir das verlangen können! Hier liegt also der Knüppel beim Hunde. Sehen wir uns einmal unsere Unterstützungsvereinigungen an.

Nach siebenjähriger Mitgliedschaft habe ich in der höchsten Klasse folgendes eingezahlt:

7 × 52 Wochen = 364 × 1,20 M. = 432 M.; nun werde ich arbeitslos, bezahle 12 Wochen Arbeitslosenunterstützung. Nachdem ich einige Wochen wieder gearbeitet, werde ich freit, kann also noch 26 Wochen Krankenunterstützung beziehen. Das kann also:

Arbeitslosenunterstützung . . . 12 Wochen a 15.— M. = 180.— M.

Krankenunterstützung . . . 26 Wochen a 14,70 = 382,20 M.

in Summa 562,20 M. bezahlt habe. Giebt man mir mehr erhalten, als ich hinzugezahlt habe, ist noch gar nicht in Betracht gegeogen, ob ich diesen Fall vornehme, wird wohl leichter bestreiten wollen; ich glaube sogar, es ist seine Seltenheit. Dieses Beispiel zeigt mir deutlich, daß wir so nicht mehr mitmachen können. Ich bin jedoch davon entfernt, den Verband ausschließlich als Sportstätte für sportliche Kämpfe anzusehen, aber daß eine solche Unterstützungs-

einrichtung, wie diejenige, unzählbar ist, liegt für mich auf der Hand. Sie können mir nun an einer Sanierung unserer Verbandsfinanzen denken? Eine Beitragserhöhung in solchem Maße einzutragen zu lassen, um den Beitrag mit den Unterstützungen in Einklang zu bringen, würde wohl bei den Mitgliedern auf heftigen Widerstand stoßen. Das Beste würde sein, die Unterstützungen zu normieren, daß es uns ermöglicht wird einen Zuschlag zu

um den Komplexkosten unseres Verbandes mehr zu mahnen und zu stärken, als es jetzt geschieht. Und da denkt ich, ist der Vorschlag einer „Erwerbslosenunterstützung“ die beste Form, wie diese schon in Nr. 18 des Fabrikarbeiter erwähnt ist.

Schenkt uns dazu einmal eine Erwerbslosenunterstützung an, wie sie der Fabrikarbeiterverband schon besitzt, indem unsere ganze Lage überhaupt den Fabrikarbeitern am ehesten angepaßt ist. Haben dieselben doch fast mit den gleichen Umständen zu rechnen wie wir, und sind wir ihnen auch betreffs der Höhe verhältnismäßig gleichgestellt. Zum besseren Verständnis will ich hier einmal das Statut dieses Verbandes selbst reden lassen:

Erwerbslosenunterstützung.

S. 16.

1. Mitglieder, welche durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit erwerbslos geworden sind, dem Verbands ununterbrochen 52 Wochen angehören und für diese Beiträge entrichtet haben können auf der Reise oder am Orte Erwerbslosenunterstützung in Form von Reisegeld oder Preis-Unterstützung erhalten.
2. Die Erwerbslosenunterstützung gelangt von der zweiten Woche, also vom achten Tage der Erwerbslosigkeit an zur Auszahlung.
3. Für Sonntage wird Unterstützung nicht ausbezahlt.
4. Zum Bezug der Erwerbslosenunterstützung ist berechtigt, wer mindestens ein Jahr Mitglied des Verbandes ist und wenigstens 52 Wochenbeiträge bezahlt hat. Die Unterstüzung erhöht sich in Höhe und Dauer nach der Dauer der Mitgliedschaft, bzw. nach der Zahl der geleisteten Beiträge; die für eine Klasse festgesetzte Höchstsumme kann in 65 aufeinanderfolgenden Wochen, vom ersten Unterstützungsstage an gerechnet, nur einmal bezogen werden.
5. Die Sätze der Erwerbslosen-Unterstützung sind:

Beitrags-wochen	Bezugszeit	25 Pfennig	45 Pfennig	55 Pfennig	65 Pfennig
52	21 Tg. 50 & (12.-)	100 & (24.-)	120 & (28.-)	130 & (34.-)	140 & (40.-)
130	42 " (23.10.)	110 " (46.20.)	130 " (54.30.)	140 " (62.40.)	150 " (70.50.)
208	42 " (25.20.)	120 " (56.40.)	140 " (64.60.)	150 " (72.80.)	160 " (81.00.)
286	42 " (27.30.)	130 " (64.60.)	150 " (72.80.)	160 " (81.00.)	170 " (89.20.)
364	42 " (29.40.)	140 " (72.80.)	160 " (81.00.)	170 " (89.20.)	180 " (98.40.)
442	48 " (86.-)	150 " (72.-)	180 " (98.-)	190 " (106.-)	200 " (120.-)
520	60 " (45.-)	150 " (90.-)	200 " (120.-)		

Die eingeklammerten Zahlen geben die Höchstsumme an, die innerhalb 66 Wochen, vom jeweiligen Erhebungstage rückwärts gerechnet, bezogen werden kann.

Könnten wir uns entschließen, eine solche Einrichtung auch bei und einzuführen, so würde dieses sicher zu einer befriedigenden Gestaltung unseres Verbandes führen, so daß dem Kampf erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden kann.

„Ja aber“, wird man mir entgegenholten, „statt zu verbessern willst du, daß wir uns verschlechtern, daß wir dadurch eine große Anzahl Mitglieder verlieren.“ Nun, darum ist es eben unserdoppelter Pflicht, durch eifige Agitation die verloren gegangenen Mitglieder wieder zurückzugehn. Welcher Verband erhebt so niedrig Beiträge und zahlst so hohe Unterstützungen wie wir? Wollen wir uns dann selbst die Hände binden, indem wir für Unterstützungen künftig so viel verbrauchen, daß für Kampfzwecke nicht genügend übrig bleibt?

Wollen wir denn mit der Vorausicht in einen Kampf einzutreten, es eigentlich nicht wagen zu dürfen, weil namentlich, wenn dasselbe größere Dimensionen annehmen könnte, nicht genügend Mittel vorhanden sind? Es wäre verkehrt, damit zu rechnen, daß uns die anderen Verbände höchstens unterstützen. Wir haben bis jetzt, abgesehen von einigen schwierigen Kämpfen, uns selbst geholfen. Wir müssen aber allen Eventualitäten gewachsen sein. Man könnte uns mit Recht bei solcher Gelegenheit einmal sagen: Eure Unterstützungsanstaltungen sind entsprechend der Beitragszahlung viel zu hoch. Wählt einmal auf andere Verbände, stellt euch auch für das Auftreten auf eigene Faust! Wollen wir uns das nicht lassen lassen, möglicherweise? Dann ist mit Kleinigkeiten nicht geholfen, dann muß eins mal tabula rasa gemacht werden.

Was gibt es uns, daß wir vielleicht die höchste und uns am schwersten zu steher kommende 6. Klasse streichen; oder gar, wie viele Kollegen meinen, an den Geschäftsräumen und Agitationssälen der Parteien, besonders der Gauleiter, Streichungen vornehmen. Dieses dürfte wohl so viel wie nichts bedeuten, und würde höchstens die Agitationstrafe lähmen, wodurch wir uns doch ins eigene Felsenschneiden würden. Hier muß einmal ganze Sache gemacht werden; darum fort mit den großen Unterstützungsleistungen und her mit der Erwerbslosenunterstützung. Das sei die Parole für die Delegierten zum nächsten Verbandstag.

Bremen, den 20. April 1913. Otto Jähnlein.

Berichte.

Wernigerode. Am 7. März fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Wahl eines 1. Bevollmächtigten; 3. Kartellbericht und Wahl eines Kartelldelegierten; 4. Verschiedenes. Beim ersten Punkt wurde die Abrechnung für das 1. Quartal von der Verbands- und Lokalfasse verlesen und für richtig befunden. Darauf wurde der Kollege Hermann Kühn als 1. Kollege Karl Neubaur als 3. Bevollmächtigter gewählt. Den Kartellbericht gab Kollege Konrad. In der Diskussion sprach Kollege Sommer über die Jugendbewegung. Es wurde beschlossen, der Jugendorganisation 10 M. zu bewilligen. Alsdann wurde der Kollege Kühn als Kartelldelegierter gewählt. Unter „Verschiedenes“ beschäftigte sich die Versammlung mit der Handlungsweise der Sehnden. Die Versammlung fand sich nicht ganz mit den Sehndenkollegen einverstanden erläutert. Dann wurden dem Wirt unterer Lokals 10 M für Belebung bewilligt. Dann wurde der Kollege Poppendiel als Fahnenträger und als Begleiter die Kollegen Franke und Königs gewählt. Es wurde noch über den schlechten Versammlungsbesuch gesprochen. Die Mitglieder müssen es sich für Pflicht machen, endlich einmal die Versammlungen besser zu besuchen als bisher.

Schönenfliogl. Wie man Arbeiter glaubt beharbeiten zu können, zeigt die Firma Friedrich Schuster, Zigarrenfabrik in Schönenfliogl. Obwohl die Inhaber dieser Firma, Friedrich Schuster sen., Friedrich Schuster jun., sowie Walter Hochmuth, vor Jahren noch ziemlich radikale Sozialdemokraten gewesen sind, können sie sich jetzt keine Gewissensbisse daraus machen, daß sie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus ihrem Betrieb nach und nach hinauszögern. Allerdings, und das muß Ihnen der Reid lassen, vorsichtig genug gehen sie dabei zu Werke. Arbeitsmangel ist der Grund, der immer dazu dient, organisierte, aber ausgerechnet, organisierte Arbeiter zu entlassen. So auch am letzten Freitag, dem Donnerstag der Karfreit, hat man wieder einen organisierten Arbeiter namens G. W., aus alijigen Gründen gefündigt. Das Drastische an dem ganzen Vorfall ist das die Firma zu Ostern drei Lehrlinge eingestellt hat. Vergleichsweise man sich, daß die Lehrlinge laut Betrag drei Jahre um die Hälfte des üblichen Arbeitslohn arbeiten müssen, so findet man das Vorgerken der Firma begreiflich. Kollege W. ist nahezu jeden Jahr bei der Firma tätig, jederzeit ist man mit seiner Arbeit zufrieden, gesehen, daß hat man dem Vertretersmann der Organisation befürchtet. Schon vor einem Vierteljahr hatte sich die Organisationsleitung mit dieser Firma zu beschäftigen. Es handelt sich damals um den Kollegen G. als nach längerem Hin- und Herhandeln mit die Firma bereit erklärte, wieder einzutreten, trotz der Mitglieder Hochmuth den Arbeitern gegenüber das Verlangen aus, von dieser Angelegenheit der Öffentlichkeit nichts zu unterbreiten. Dazu kommt die Firma alle Ursache zu haben, denn Tatsache ist, daß Konkurrenz, sowie Arbeitervereine zu Kunden dieser Firma gehören und daß dieselben ihren Bedarf anderswo deden werden, wenn das arbeitefreundliche Gebaren der Firma bekannt wird, scheinen auch sie zu befürchten. Das Empörliche dieser Firma soll lediglich auf den kurzen Konkurrenz in Arbeitsmarkten zurückzuführen sein; um so befürchtender ist es, daß die Firma sich nicht dazu bequemen könnte, und nur unzureichend und unzureichend davon zu schützen. Sie unterschreibt sich in dieser Beziehung nun auch um ein Jahr vor der

anderen Firmen. Die Inhaber der Firma sind bis in letzter Zeit auch Abonnenten des Sachsischen Volksblattes gewesen, als in der genannten Zeitung die Verhältnisse der Primarität in der Zigarrenindustrie einer Kritik unterzogen wurden, wußten sich die Herren gefränt und bestellten via Arbeiterpresse ab. Alle Anerkennungen, die man dabei dem Expedienten der Zeitung gegenübers gebracht hat, wollen wir hier nicht niedergeben, sie sprechen für sich selbst. Ich aber, Kollegen und Kolleginnen, läßt auch diesen neuen Vorfall zur Warnung dienen! Trete ich ein für weniengewördiges Vorbrin, so liegt ihr auf Strafanstalt. Doch ist der Schadbad in der Lage, nur seine brutal Wucht zu suchen. Sobald ihr euch aber zuwiderstellt und gemeinsam dem Unternehmertum zu Leibe geht, ist es mit deren Herrlichkeit zu Ende. Darum auf in die Organisation!

Hof. Unsere Zahlstelle und die beiden Arbeitervereine, Gangverein und Radfahrerverein, haben ihr bisher innegehabtes Lokal bei Gauknecht Elsterwerda verlassen müssen, weil der Wirt meinte, auch ohne die Arbeiterchaft fertig werden zu können. Zu den anderen Wirtschaften von Hof stand uns kein geeignetes Lokal zur Verfügung. Darum sind wir zu dem Entschluß gekommen, uns ein geäußertes Lokal von Herrn Altmeyer zu mieten, um dabei unser Verbanngesetz aufzuhalten. In demselben Gebäude befindet sich auch die Verkaufsstelle des Bündner Komitees. Es verteilt sich, daß auch unsere Lokalfasse zu den Unkosten beizutragen hat, die dadurch entstehen; aber eine Mitgliederzahl, wie wir sie haben, darf nicht vorzurückschreien, ein paar Mark zu der Warte beizutragen. Darum fordern wir die Mitglieder auf, zumindest vollzählig in den Versammlungen zu erscheinen, auch unserm Gelingverein mehr Interesse entgegenzubringen durch Beitragsförderung, und gerade jetzt unermüdlich zu agitieren für die Sache der Arbeit.

Niegnitz. Am 14. März fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 1. Quartal und der Lokalfasse; 2. Wahl eines Stellvertretenden Unterstafser; 3. Kartellbericht; 4. Stellungnahme zum Kinderfest; 5. Verschiedenes. Zu Punkt 1 verfasste Kollege Oppitz die Abrechnung vom 1. Quartal und der Lokalfasse, die bei der Prüfung in hoher Achtung befunden wurde. Damit Kassierer wurde die Kollegin Härtig einstimmig gewählt. Eine ausführliche Kartellbericht erließte Kollege Bernert. Am 1. Mai findet ein Auszug nach Hammel statt. Versammlungsort Nordpark, früh 7 Uhr. Dann wurde über das Kinderfest gesprochen, welches am 1. Juni stattfindet; die Vorbereitungen dazu wurden der Verwaltung nebst Vertrauensmännern überwiesen. Beim letzten Punkt erinnerte Kollege Oppitz die Kolleginnen und Kolleginnen, sich bei Arbeitslosigkeit oder der Krankheit sofort nach Eintritt zu melden; er gab bekannt, daß die Auszahlung Sonnabends von 5 bis 7 Uhr stattfindet. Der Besuch der Versammlung war sehr schwach.

Freiberg. Am 5. April fand hier eine Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1913 und der Lokalfasse; 2. Wahl eines Haussäfserers; 3. Stellungnahme zu § 9 des Statuts; 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt Kollege Jülich die Verbanngesetz, sich zu Ehren der verstorbenen Kollegin von den Plätzen zu erheben. Das gelingt. Kollege Heine gibt sodann die Abrechnung vom ersten Quartal bekannt; es ist eine Einnahme von 2821,66 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 1849,75 M. gegenübersteht. Danach verbleibt ein Kassenbestand von 1192,51 M. Ein Antrag, die Verwaltung zu entlasten, wurde einstimmig angenommen. Die Abrechnung der Lokalfasse ergibt eine Einnahme von 472,02 M. eine Ausgabe von 205,07 M. verbleibt inhaltlich ein Kassenbestand von 286,95 M. und wird der Kassierer ebenfalls einstimmig entlastet. Zum Haussäfserer wurde Kollege Jörn gewählt. Unter Punkt 3 bestimmte Kollege Oppitz in an den Seinen in der letzten Versammlung gestellten Antrag, welcher besagt: Die Versammlung möge beschließen, den Sehnden der Protest betrifft § 9 zu unterstützen. Im Verlaufe der Debatte, in welcher das für und Wider gründlich erwogen wurde, zieht Kollege Felsmann seinen Antrag zugunsten einer eingegangenen Resolution zurück. Die einstimmig angenommene Resolution lautet: „Die heutige stattfindende Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Beschluß des Vorstandes zu § 9 nicht einverstanden und erwartet vom nächsten Verbandstage eine diesbezügliche, die Mitglieder befriedigende Ablösung.“ Zum letzten Punkt, Verschiedenes, erörterte Kollege Jülich die Voraussetzung zu dem geplanten Fest des 25jährigen Bestehens unserer Zahlstelle. Das Fest findet am 24. Mai 1913 in der Union statt. Des weiteren gibt Kollege Jülich einiges von der Volksfürsorge bekannt und erklärt, daß ein Referat vom Gauleiter Felsmann über die Volksfürsorge stattfinden soll. Dem wird zugesimmt. Es werden noch einige andere örtliche Angelegenheiten erledigt.

Hünningen. Mitgliederversammlung am 12. April. Die Abrechnung wurde vom Kollegen Dr. Weißer gegeben; sie wurde für richtig befunden und dem Kassierer wurde Deckcharge erteilt. Als Revisoren wurden die Kollegen L. Federer und A. Galliher gewählt. Zu Kartelläfserern wurden die Kollegen Federer, Galliher und Schlichemeyer bestimmt. Auf Antrag des Kollegen Süller wurde den Fabrikäfserern 12 M pro verkaufte Marke bemügt. Ferner wurde bestlossen, dem hiesigen Gewerkschaftskartell beizutreten und wurden die Kollegen Max Süller und Galliher als Delegierte zum Kartell gewählt. Unter Verschiedenes wurden noch örtliche Angelegenheiten geregelt.

Potsdam. Am 13. April fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 1. Quartal; 2. Verbandsangelegenheiten; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer bearbeitet und wurde ihm, nachdem die Revisoren die Richtigkeit bestätigt hatten, Entlastung erteilt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Willy Kiesel als 1., Ernst Laubig als 2., Heinrich Matthes als 3. Bevollmächtigter, als Revisor Paul Seidler und Kettner. Befreiend Auflagehalter eines Gauleiters fällt, es ist Blatt eines jeden organisierten Arbeiters, daß er sich davon beteiligt. Für die Veranstaltung mit ihrer abwechselnden Unterhaltung sind zwei Lokale, das Victoria-Hotel und das Gesellschaftshaus belegt, so daß Ausreden für Nichterscheinen nicht gegeben sind. Über die „Volksfürsorge“ konnte der vorgeschrittenen Zeit wegen nur kurz verhandelt werden. Es wurde den Anwesenden empfohlen: Wer das Bedürfnis hat, sich zu versichern, soll noch selbst oder mit Familienangehörigen warten und seine Verbindung mit anderen Versicherungen eingehen, bis die „Volksfürsorge“ vom Aufsichtsamt konzessioniert, d. h. genehmigt ist. Auch diejenigen, welche nicht in der Versammlung anwesend waren oder sein konnten, sollen unterrichtet werden, daß sie sich nicht jetzt von den umherlaufenden Versicherungsagenten der Victoria, Friedrich Wilhelm, Union, Iduna und wie sie noch alle heißen, überreden lassen, da diese Agenten eine seherhohe Tätigkeit entfalten und obendrein dem Volke noch darüber, daß die „Volksfürsorge“ nicht genehmigt wird. Das ist aber falsch; sie wird genehmigt, nur verzögert es sich noch etwas; so bald sie genehmigt ist, werden unsere Genossen ihre Tätigkeit entfalten, bis dahin warte noch ein jeder, mit anderen Versicherungen abzuschließen. Der Punkt „Volksfürsorge“ soll für die nächste Versammlung auf die Tagesordnung kommen, um die Mitglieder mit dieser Institution vertreter zu machen. Weiter wurde von einem außerordentlichen Kollegen die Umzugslösseunterstützung nachgesucht; dieselbe konnte ihn aber nicht zugesprochen werden, da er sich nicht beim 1. Bevollmächtigten vergewissern konnte, ob die Arbeit annahmbar ist oder nicht, sondern als er schon die Arbeit in der Tasche hatte, ging er zum Bevollmächtigten. Es wurde ihm empfohlen, die Angelegenheit mit der Zahlstelle seines letzten Aufenthaltsortes zu regeln zu versuchen. Angesichts der Tatsache, daß sich unsere Mitglieder die Versammlung besser befugt hätten, um den Vortrag des Gauleiters zu hören, hauptsächlich die Kolleginnen könnten anstrengend wirken, wenn sie ihre Verbanngesetz nachgelesen; die Kolleginnen können ihn aber nicht zugesprochen werden, da er sich nicht beim 1. Bevollmächtigten vergewissern konnte, ob die Arbeit annahmbar ist oder nicht. Wenn wir bemerken, daß die Neuerungen des Kollegen Menzel gegenüber den Neuerungen der Sehnden der Kollegen ein Muster von Sachlichkeit waren, so ist das kein Indizium Mensels, sondern eine Befürchtung der Sehnden. Wir meinen, wer wie die Sehnden, persönlich kämpfe, habe kein Recht, anderen, die viel weniger ausfällig wurden, den Vorwurf niedriger Kampfesweise zu machen.

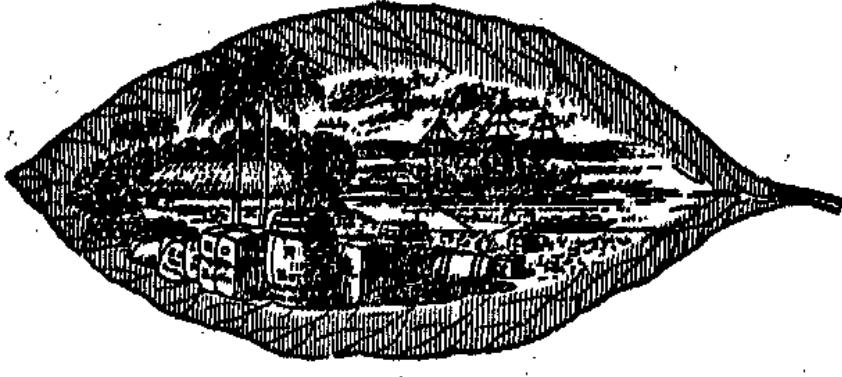
Dresden. Versammlung der Sektion der Sortierer und Kistenbäcker vom 14. April. Tagesordnung: 1. Protokollbericht; 2. Abrechnung vom 2. Quartal; 3. Abrechnung vom Lokalfasse; 4. Kartellbericht; 5. Sektionsangelegenheiten. Zu Punkt 2 gibt Kollege Domeyer den Kassenbericht der gesamten Zahlstelle vom 1. Quartal, und im Anschluß hieran Kollege Hessel den Kassenbericht der Lokalfasse, der in Einnahme und Ausgabe mit 306,08 M. bilanziert bei einem Kassenbestand von 160,68 M. Kollege Nico Laß gibt hierauf den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Er verbrachte sich eingehend über die Tätigkeit des Kartells und über die Mitgliederzunahme der angeschlossenen Gewerkschaften. Ferner schilderte er die Einrichtung der Zentralbibliothek und gibt bekannt, daß sich in den Händen der Fabrikäfseräume leiste Kataloge befinden; eine recht rege Benutzung sei zu wünschen. Bezüglich der Wärmtube sei bemerkt, daß dieselbe von 17.208 Personen befudt wurde. Bei Punkt 2 gibt nun Hobis einen ausführlichen Bericht über die Gütekette bei der Firma Gläser bet. des abgezweigten Kollegen R. Es entpuppt sich hierüber eine rege Debatte, in welcher berichtet wird, daß der Leitung hierbei kein Vorwurf zu machen sei, wenn es auch einem unorganisierten Kollegen gelungen sei, hier in Dresden anzutragen. Im weiteren geht nun Hobis in längeren Ausführungen unter Benutzung der hierzu gehörigen Korrespondenz auf die Angelegenheit Hodenhein ein. Er wünscht von der Mitgliederversammlung ein Urteil darüber, ob die Leitung hier in Dresden einen Fehler bezangen hat oder nicht. In der Debatte hierüber spricht zunächst Kollege Preißler sich dafür aus, daß dem Arbeitsnachweis in dieser Angelegenheit kein Vorwurf zu machen sei, sofern die Firma begreiflich ist, daß sie die Lehrlinge laut Betrag drei Jahre um die Hälfte des üblichen Arbeitslohn arbeiten müssen, so findet man das Vorgerken der Firma begreiflich. Kollege W. ist nahezu jeden Jahr bei der Firma tätig, jederzeit ist man mit seiner Arbeit zufrieden, gesehen, daß hat man dem Vertretersmann der Organisation befürchtet. Schon vor einem Vierteljahr hatte sich die Organisationsleitung mit dieser Firma zu beschäftigen. Es handelt sich damals um den Kollegen G. als nach längerem Hin- und Herhandeln mit die Firma bereit erklärte, wieder einzutreten, trotz der Mitglieder Hochmuth den Arbeitern gegenüber das Verlangen aus, von dieser Angelegenheit der Öffentlichkeit nichts zu unterbreiten. Dazu kommt die Firma alle Ursache zu haben, denn Tatsache ist, daß Konkurrenz, sowie Arbeitervereine zu Kunden dieser Firma gehören und daß dieselben ihren Bedarf anderswo deden werden, wenn das arbeitefreundliche Gebaren der Firma bekannt wird, scheinen auch sie zu befürchten. Das Empörliche dieser Firma soll lediglich auf den kurzen Konkurrenz in Arbeitsmarkten zurückzuführen sein; um so befürchtender ist es, daß die Firma sich nicht dazu bequemen könnte, und nur unzureichend und unzureichend davon zu schützen. Sie unterschreibt sich in dieser Beziehung nun auch um ein Jahr vor der

ihre volles Vertrauen aus.“ Kollege Domeyer kommt hierauf auf den Streit der Zaharbeiter in Holzland zu sprechen und erläutert mit wohlgemeinde Unterstüzung der Kollegen mit 100 M. zu unterstellen, welche der Lokalfasse entnommen werden; der Betrag soll jedoch durch Aktivierung einer Liste — jedes Mitglied soll 2 Prozent des Verdienstes zahlen — wieder der Lokalfasse zugeschrieben werden; einen etwaigen Verlust soll die Lokalfasse tragen. Da die Sortierer alljährlich ein Sommerfest abhalten haben, fragt Hobis, ob man aus diesem Jahr wieder mit einer dahingehenden Bezahlung eines Sonderfests mit Gummigleichheit abgelenkt, und wird der Leitung überlassen, etwas zu arrangieren, um die Kolleginnen einstimmig gelöst zu verhindern. Es auch für die Sortierer die Diskussion über den Vorschlag hierüber an; da aber die Zeit schon zu weit vorgeschritten ist, macht Berichterstattung darüber, daß der Vorschlag mit gegebenen Zeit eine Extraversammlung abzuhalten, welche sich dann lediglich mit dem dem abzuhaltenden außerordentlichen Verbandstag zu unterbrechen hat. Die Sortierer haben hierüber abgestimmt, so ist der Vorschlag hierüber abgelehnt haben, fragt Hobis, ob man aus diesem Jahr wieder mit einer dahingehenden Bezahlung eines Sonderfests mit Gummigleichheit abgelenkt, und wird der Leitung überlassen, etwas zu arrangieren, um die Kolleginnen einstimmig gelöst zu verhindern. Es auch für die Sortierer die Diskussion über den Vorschlag hierüber an; da aber die Zeit schon zu weit vorgeschritten ist, macht Berichterstattung darüber, daß der Vorschlag mit gegebenen Zeit eine Extraversammlung abzuhalten, welche sich dann lediglich mit dem dem abzuhaltenden außerordentlichen Verbandstag zu unterbrechen hat. Die Sortierer haben hierüber abgestimmt, so ist der Vorschlag hierüber abgelehnt.

Görlitz. Unsere am 17. April stattgefundenen Mitgliederversammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Verschiedenes. Beide Abrechnungen durch die Abrechnung wurden keine Einwendungen gezeigt. Da unter Gauleiter Kollege Henrichow anwesend war, hielt er einen Vortrag über Massenkämpfe, welcher beständig aufgenommen wurde. Es erbrachte sich, auf das Thema einzugehen, da es schon nicht mehr vorkommt. Am

ROBERT OEHLER

ROHTABAK-
HANDLUNG



BERLIN SO. 26
Nr. 2 COTTBUSER
STRASSE Nr. 2

Achtung!

Ausnahme-Angebot!

Sumatra-Decken

helle Farben aus alter und neuer Ernte von 210 Pfennig ab verzollt

Vorstenlanden - Decken

in ganz hellen Farben, Rechts- und Linksroller von 210 Pfennig ab verzollt

Ausserdem allbekannt grösstes und wohlfeilste Angebot in Roh-
tabaken aller Art laut soeben erschienener Preisliste

LISTE
ÜBER GEBRAUCHTE
WICKEL-
FORMEN

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

Neu eingetroffen!

Neu eingetroffen:

Krian Vorstenlanden Kehrdecker No. 7316
1. Länge Vollblatt, helle stumpfe Farben per Pfund Mark 3.50 verzollt.

Tingi Bezoeki-Umblatt No. 7294, ff. Qualität, i. Länge per Pfund Mark 1.65 verzollt.

Verlangen Sie meine neueste Rohtabak-Preisliste!

Gern empfohlen

Gebrauchte Formen
in sehr vorteilhaften Facons je nach Ausfall von Mk. 0.40 per Stück an

Bemerkte Offerte sofort gratis und franko

für Ihren Musterzettel u. Verkaufslager in Hamburg:
S. Buchthal, Hamburg, Stadhuisbrücke 37.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
— außerordentlich viele, billige —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake
empfiehlt
Sumatra-Decker (Schmetterflügel)
Brasil 180, 200, 220, 240, 250,
260, 280, 300, 310, 320, 340,
400, 420, 450, 500 ff.
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140,
150, 160, 170 ff. Stückblatt 130,
140, 150 ff.
Java-Decker (hell) 270, 280, 300,
350 ff. (mittel) 200, 230, 240,
250 ff.
Java-Umblatt (leicht, Hoffbräunet)
120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 ff.
Java-Einlage 95, 100, 105, 110,
115 ff.
Vorstenland-Decker 180, 200, 220,
240, 260, 270, 300, 320, 350 ff.
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220,
230, 240 ff.
Brasil-Einlage u. Umblatt 120,
125, 130, 135, 140, 150, 160,
170 ff.
Geschäftene Einlage 110 ff.
Carmen-Umblatt 105, 110, 120,
130, allerschönstes Umblatt 140 ff.
Domingo (sehr leicht) 100, 105,
110, 120, 130 ff.
Seedleaf 110, 120 ff.
Longui (blattig) 95, 100 ff.
Original-Röhrchen 105, 110, 120 ff.
Havana 150, 200, 250, 300, 400 ff.
Decker 650 ff.
Tara-Cuba (Innen) 180, 200, 250 ff.

Hermeking & Boy

Berlin N. Brunnenstrasse 183
Sumatra-Decke, sehr große Aus-
wahl, mittel- und hellfarb. Voll-
blatt, 2. und 3. Längen à 250
bis 500 ff., hell ff. 600 ff.
Vorstenlanden-Decke, dünnt-
bester Mexiko-Exjet, à 260 ff.
helle Rehdecke à 300-400 ff.
Java-Einlagen à 110-125 ff.
Java-Aufarbeiter à 130-145 ff.
Java-Umblatt à 150-190 ff.
Mexiko-Decke ff. 450 ff.
Brasil à 150-190, Decke à 350 ff.
Havana à 350 ff., Cuba à 200 ff.
Domingo à 120-170 ff.
Carmen à 120-155 ff.
Uckermärker In. à 105 ff.
Losgut Blatt-Ramponagen à 125 ff.
Wickelformen, gebrauchte, gut er-
halten. Schäßbigen-Märkte gratis
und franko.

Pressen zu 12 Formen, oben u. unten
verchromt, gebraucht. Holzfuß- u.
Holzdruckplatte in sehr starker Aus-
führung, ledige Träger, 10
samt 11 M. nur.

Presskästen, Bündeldecke, Roll-
bretter, Arbeitsmesser, Lack-
Papier, Band, Ringe, Elüketten,
Gummi-Tragant.

Offiziere div. hundert Zentner
gemischte fertige Zigarrenenlade
pro Pfund 95 ff., bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. franko
Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 ff-Zigarren. Ill. Preisliste gratis
und franko. Versand nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Altestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

Rohtabakgeschäft Otto Brandes

BREMEN, Winterstrasse 96
Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zi-
garrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder
Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

Jacob Hirsch jr. Carl Roland, Berlin SO.

Mannheim 5 1. 9. [10
Alle Sorten in- u. ausländi-
scher Tabak zu billigsten
Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wert-
steuer. Post-Versand per Nach-
nahme. Ziel nach Übereinkunft
bei Aufgabe vom In. Referenz.

Rottbuserstrasse 4. [10

Sumatra - Stückblatt
große 2. Blattlängen, sehr viel helle
Farben enthaltend, blätternweiße
Brand, vorzüglich dedend, pro
Pfund nur M. 2.

Colleginnen und Kollegen! Rüstet zur Maifeier!

familiär wegen erschwerter Körperverletzung; Haibel (unter Freisprechung von der Körperverletzung): 8 Monate (6 Jahre 2 Monate), Schlipf: 2 Monate (8 Monate), beide wegen Streitvergehen nach § 158 der G.O.; Spikenberger: 8 Monate (8 Monate) wegen Begünstigung. Die Strafen sind bei Schlipf, Spikenberger und Haibel durch die Untersuchungshaft verhängt.

Der Arbeitswillige muss sich, von dem in der ersten Verhandlung gesagt wurde, daß er dauernd an seiner Gesundheit geschädigt sein werde, ist wiederhergestellt und war als Zeuge unter Beschützung von sechs Gendarmen erschienen. Die "Mannheimer Volksstimme" schreibt in ihrer Prozeßbetrachtung mit Recht: „Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen Kämpfe wie deren Begleiterscheinungen wird auch an manchem süddeutschen Gericht keiner Würdigung geziichtet. Im Gegenteil, als straferschwerend gelten Streits, insbesondere dann, wenn solche Streits nach Meinung der bürgerlichen Schiedsrichter zu Unrecht geführt sind. Alles das müssen die Arbeiter verstehen lernen, zu würdigen wissen, wenn sie nicht untergeben wollen im Wirtschaftskampf. Alle Mächte dieser Welt sind gegen sie; der Arbeitswillige ist das Heiligtum des Klassestaates, er wird geschlagen, mögen andere, die gegen ihn gefündigt, auch zugrunde gehen. Es lohnt sich nicht, die Gesetze zu verlegen, es rechtfertigt nichts die Anwendung von Gewalt, geschehe es auch nur aus Verbitterung. Zum Sieg führt nur die Einigkeit und die Bildung und die Beachtung der Gesetze. Diese Grundsätze zu halten mag oft schwer sein, recht schwer angesichts der fortgesetzten Provokationen, der direkten und indirekten Aufreizungen, allein es muß gehen, daß die Arbeiterschaft ihren schweren Existenzkampf auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit zum Ende führt. Das, was wir hier erleben, war nichts weiter als ein musterhaftes Abbild des in Deutschland herrschenden Systems der Arbeiterbekämpfung. Das wollen die Arbeiter sich einschämmern ins Gehirn und festhalten und beachten bei zukünftigen Kämpfen. Es ist nicht nötig, daß solche Opfer fallen, da noch andere Wege offen stehen, die zum Ziele führen. Die Bildung allein macht frei; an ihr müssen einstens alle Schergenstreiche zerhellen. Das Urteil bleibt trotz seiner weiten Schwächung gegenüber dem ersten, ein Schreckensurteil. Mögen es die von ihm Betroffenen nicht gar zu schwer ertragen!“

Eingesandt.

Zu der Meinungsverschiedenheit über den § 9 unseres Status will auch ich einige Worte verlieren. Wenn man die Eingesandtschaft in unserem Organ durchliest, so findet man die unglaublichesten Gegensätze in der Auslegung des § 9. Ich muß erklären, daß die Auslegung des betreffenden Paragraphen durch den Vorstand richtig ist; denn wer noch im Arbeitsverhältnis steht, ist eben nicht arbeitslos. Das ist doch klar, und deshalb hat man in solchem Falle auch kein Anrecht auf Unterstützung. Ich kann es wohl begreifen, daß die betreffenden Kollegen, welche die Unterstützung beanspruchen, ebenfalls auch beschäftigt waren. Über was hilft das alles? Wenn man weiß, daß man nicht unterstützungsberechtigt ist, beansprucht man eben keine Unterstützung, und das Gesetz wäre vernichtet worden. Die Oppositionen aber fragen: „Womit wollt ihr denn beweisen, daß derjenige Kollege, welcher aussehen muß, nach § 9 unseres Status unterstützungsberechtigt ist? Keiner kann es!“ Im Gegenteil, wenn es der Fall wäre, müßte sich in § 9 ein Absatz befinden, der es besagt. Damit will ich nicht gesagt haben, daß diese Art Unterstützung nicht notwendig wäre, sondern ich bin selber dafür, daß ein dementsprechender Absatz in den § 9 eingeschoben wird. Man muß aber immer die Wahrheit sprechen und die Tatsache nicht auf den Kopf stellen. Alle diejenigen, welche aber den bestrittenen Paragraphen entstellen oder versuchen, anders auszulegen, sind in meinen Augen Quertrieber. (Der Einsender spricht hier dann in längeren Ausführungen für das einen Gauleiter gehörte Rühegebiet aus. Ausnahmegründen lassen wir in dieser Nummer des Tabakarbeiter die Ausführungen fehlen. D. R.)

Bonn-Buel, den 13. April 1913. Sol. Zimmer.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Haußenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6048.

Bureauriegel von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Haußenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Eintritts- und Werbesehungen nur an W. Nieder-Wallend, Bremen, Haußenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkontos, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postleitzettel Nr. 5249 beim Postbüroamt in Hamburg.

Für die Erledigung bestimmte Zuschriften sind an Joh. Krohn, Bremen, Haußenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Rebaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Mendel, Bremen, Haußenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausdruck bestimmte Zuschriften sind an Emil Gitten, Altona-Ditzen, Hohenzollernstr. 3, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Die Abmelbung ist abgereist von Bremen das Mitglied Heinrich Müller aus Sababurg, geb. 6. 9. 87, einget. 2. 11. 1912, S. II Nr. 47520. In Müller darf keine Unterstützung geziichtet werden. (S. Br. Nr. 895/4).

Ohne Abmeldung und mit einer Sammelliste ist abgereist: Von Camerich der Garmentmacher h. d. Kloet aus Wageningen (Holl.), geb. 17. 7. 88, Buch S. II Nr. 21750.

Auf der Sammeliste waren 10 % für die Streitenden in Holland gezeichnet, die mitgenommen wurde. Die Sammeliste so wie das Mitgliedsbuch sind im Vorzeigungsfall zu konfiszieren und einzuhalten. (S. 952 J. 13.)

Sababurg: Das Mitgliedsbuch lautend auf Otto Wolf aus Hoch-
Uff, geb. am 27. 10. 1861, S. II Nr. 53008, Beitragsklasse 3. Im Vorzeigungsfall ist das Buch zu konfiszieren und an den Vorstand zu senden. (S. Br. 882.)

Leipzig: Das Mitgliedsbuch lautend auf den Namen Maria Burgdorf gen. Röder, S. I. Nr. 02198, einget. 31. 1. 1904. Im Vorzeigungsfall ist das Buch zu konfiszieren und an den Vorstand zu senden. (S. Br. 908.)

Den Mitgliedern zur Beachtung!

Mitglieder, welche die Abwahl haben, ihre Arbeitsstelle zu wechseln, und solche, die sich auf Wanderschaft befinden, sind verpflichtet, sich vorher stets an die Bevollmächtigten desjenigen Ortes zu wenden, wo sie Arbeit angemessen bekommen.

Das Umzubauen auf den Zetteln ist streng untersagt.

Wer von den Zweckzwecken nicht mit Wahlrechten versehen ist, erhält keine Unterstützung. Alle Mitglieder müssen daher im eigenen Interesse vorher bei im Bau und in Büros verbaute Arbeitsnachweise eine Nachfrage halten. Man schreibe sich die Arbeitsnachweise aus.

Hamburg und Umgebung. Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zugang nach Hamburg und Umgebung ferngehalten. Mitglieder, die trotz dieser Warnung hier zurückkehren, erhalten keine Unterstützung.

Übertritte.

Mitglieder anderer Verbände und solche, die vom Auslande zurückkehren und in den "Deutschen Tabakarbeiter-Verband" übertragen wollen, werden nur dann übernommen, wenn sich die zum Übertritt bemittelten bei ihrer Organisation, der sie bis dahin angehört, abgemeldet haben. Die Abmeldung muss im Mitgliedsbuch bezeichnet werden.

Die Gauleiter und Bevollmächtigten haben die sich zum Übertritt Melbenden darauf aufmerksam zu machen.

Es ist wiederholte vorgelommen, daß Übertritte von Bevollmächtigten vorgekommen waren. Das ist unzulässig. Es wird deswegen erneut in Erinnerung gebracht, daß Übertritte nur vom Vorstande vollzogen werden können. Alle diesbezüglichen Mitgliedsbücher oder Legitimationen sind zwecks Prüfung einzufordern.

Die Gauleiter wollen die Bevollmächtigten hierauf besonders hinweisen.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Wiederholte ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, in welcher unchristlicher Weise Kollegen mit ihren Wanderkarten umgehen. Häufig werden Wanderkarten als verloren gemeldet, die sich nachher in ganz unbefugten Händen befinden.

Beim Abheben von Unterlagenen wird den Bevollmächtigten bringend empfohlen, von Personen, die nicht persönlich bekannt sind, neben der Verbandslegitimation, Buch oder Wanderkarte, sich auch die Invalidenkarte oder eine andere Legitimation zeigen zu lassen.

Abrechnung.

Abrechnungen für das 1. Quartal 1913 sind so schnell als möglich fertigzustellen und einzuschicken. Gleichzeitig sind alle Bestellungen zu machen, die nötig sind.

Jahresbericht für 1912.

Der Verbandsvorstand beabsichtigt, den Jahresbericht für 1912 baldigst drucken zu lassen und erachtet deshalb die Bevollmächtigten des Verbandes, ihm bis zum 28. April mitzutunen, wie viele Exemplare des Jahresberichts sie für ihre Zahlstelle benötigen.

Der Verbandsvorstand.

Abrechnungen gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 15. bis 22. April:

1. Gau Hamburg: Lauenburg, Neßlingen, Oldstadt, Harburg, Schiffbek, Neumünster, Hadersleben, Rostock, Segeberg.
2. Gau Braunschweig: Haldensleben, Magdeburg, Bückeburg, Wolfenbüttel, Frieden, Lübbena, Jerbitz, Nordhelm, Hannover, Gienhain, Stendal, Peine.
3. Gau Nordhausen: Ichte, Hedenstedt, Gertenbach, Ermenschweid, Wanfried, Wittenhausen.
4. Gau Herford: Westerenger, Höxter, Lengede, Enger, Schwenningdorf, Lübbeke, Herford, Soest, Schmecklenburg, Minden, Osnabrück, Dierlinghausen, Holzenhausen, Gilshausen, Werther i. W., Werste, Belsenkamp, Hiddenhausen, Wetho, Heringhausen, Neuenkirchen.
5. Gau Südniedersachsen: Gehrden.
6. Gau Frankfurt a. M.: Mainz, Klein-Steinheim, Groß-Auheim, Dietesheim, Offenbach.
7. Gau Hessen: Kassel, Frankenberg, Lichtenau, Darmstadt.
8. Gau Osnabrück: Hünningen, Osnabrück, Elgersweier.
9. Gau Karlsruhe: Baden-Baden, Karlsruhe, Neustadt, Heidelberg, Schorndorf, Stuttgart.
10. Gau Erfurt: Pöhlzig, Liebschitz, Wallendorf, Altenburg, Ronneburg, Greiz.
11. Gau Dresden: Auerbach, Meissen, Görlitz, Hainschen, Mittweida, Waldheim, Löbau, Bischofswerda, Leipzig, Döderen, Schleife, Lauterberg.
12. Gau Böhmen: Grünberg, Hirschberg, Oppeln, Heynau, Goldberg, Schwerin, Greiffenberg, Muslau, Altbor.
13. Gau Berlin: Preuß.-Stargard, Neudamm, Danzig, Breitenau, Schönlanke, Frankfurt a. O., Berlin, Ebing, Hinsfelde, Mölln, Königsberg, Lüderwalde, Spremberg, Lütau, Spandau.

Vom Vorstande sind ernannt:

Ebau: Reinhard Bischel als 1. Vev.
Neusiedl: Ernst Durban als 1. David Hügel als 2. Heinrich Giesecke als 3. Vev. C. Schmidt und F. D. Wolf als Res. Wolgast: Wilh. Mantl als 1. Vev.
Löbau: Wilh. Hofmann als 1. Carl Bleisch als 2. Hermann Hesler als 3. Vev. Franziska Gallin, Alwin Goldberg als Res. Leipzig: Karl Busch als 1. Vev.

Dresden: Carl Sause, Neuhausenstr. 68.

Döbeln: Franz Fanta, Stauferstr. 18 I.

Altenburg (S.-A.): Ernst Kirmse, Jungferngasse 63 II.

Berlin: Otto Krämer, Berlin NO. 55, Kreisfelderstr. 105.

Bremen: Louis Nehmer, Neustadtstrasse, Ecke Hegelstr.

Waldheim: Herm. Segura, Talstr. 8, II.

Delitzsch: Oswald Heßlich, Döbenerstr. 2.

Cottbus: Otto Ellerich, Kleefstr. 18 pt.

Apolda: Edm. Döring, Hermsdorferstr. 46.

Bünde: Carl Menz, Bahnhofstr. 4.

Freudenthal: Marg. Lotterich, Reichstr. 11.

Bangen: Valentin Markwitz, Strehlerstr. 12.

Mittweida: Walter Naabe, Steinweg 79.

Tessin: W. Lamp.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen.

10. April: Bochumergegenstadt, P. Kunz, 5.—. Ohmichen, C. Herbst, 20.—. 14. April: Cöln, L. Klein, 80.—. Siegen, Genossenschaftsbüro, d. H. Dicke, 10,70. 16. April: Berlin, L. Schulze, Garmentfabrik Mann, 8. Stadt, 80,80. Hohenhausen, W. Dreimüller, 18.—. 17. April: Dresden, W. Nobis, von der Section der Sortierer und Weberei 100.—. Cöln, L. Große, 100.—. Bonnburg, W. Seidemann, 5.—. 18. April: Mannheim, F. Dahns, 11.—. Jauer, B. Ritterme, 5.—. Spengen, F. Brinkmann, 17,70.

Berichtigung. In Nr. 15 des Tabakarbeiter muss es unter:

29. März helfen: Waldheim 15.— statt 10.—.

Bremen, den 21. April 1913.

W. Nieder-Wallend, Kassierer.

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Holland sind folgende Gelder bei mir eingegangen.

14. April: Copenhagen, F. Müller, 200.—.

Bremen, den 21. April 1913.

T. Deichmann.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den Gau Hamburg: Altona: Gottlieb Döring, Bureau: Einsbütelerstraße 10.

Für Bremen: Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Haußenstraße 58/60, II.

Für den Gau Braunschweig: Braunschweig: Ernst Sparläse, Gabelsbergerstr. 4 p.

Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugreise dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den Gau Nordhausen: Nordhausen: Verbandsbüro: Wolfsstraße 14.

Wahlhausen i. Th.: Emil Rothe, Rosenstraße 8.

Für den Gau Herford: Herford: Wilhelm Schäfer, Bureau, Kurfürstenstraße 8.

Bünde: Karl Menz, Bahnhofstr. 4.

Für den Gau Köln: Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.

Für den Gau Frankfurt a. M.: Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Gneisenaustr. 118 II.

Für den Gau Osnabrück: Osnabrück: Georg Durban, Turnhallenstraße 11 L.

Für den Gau Hessen: Hessen: Georg Schnell, Gneisenaustr. 118 a, Seitenbau.

Für den Gau Sachsen: Dresden: Dresden: Walter Rohr, Altenbergsstr. 2 III, Zimmer 84.

Walter Rohr, Dresden-Pichels, Torgauerstr. 66, pt., für die Sortierer.

Leipzig: Karl Busch, Leipzig-Plagwitz, Weihenstephanstr. 66 IV.

Eprechzeit: Wochentags von 11 bis 1 Uhr mittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Für den Gau Breslau: Breslau: Wilhelm Främler, Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17 II, Zimmer 39.

Für den Gau Berlin: Berlin: Alwin Schulze, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 6a, vorn, II. Etg.

All Arbeitsnehmenden, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Arbeitsnachweis für Sortierer und Kistenbekleber

Leipzig: Ferb. Folle, Leipzig-M., Gabelsbergerstr. 90 II.

Betho: Heinr. Wallermann, Betho, Langest. 48.

Friedberg: Carl Feldmann, Fürstentalstr. 6 II

Breslau: Otto Hemprich, Hoschenstr. 53, Seitenhaus 1.

Hohenheim: Ost. Scheffler, Barthstr. 46.

Brieg: Auskunft in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erteilt: Carl Sause, Neuhausenstr. 68.

Döbeln: Franz Fanta, Stauferstr. 18 I.

H Zusammenstellung der neuen Einkäufe F

in den März- und April-Einschreibungen dieses Jahres

Sumatra-Decken:

No.	Art	verzollt	
No. 1882.	Pflückblatt, 2. Länge Lochblatt, sehr blattig, sehr hell, deckfähig	M. 3.20	
No. 1883.	Sandblatt, Padang Brahrang, Vollblatt 3. Länge, matt reinfarbig, schön	M. 3.80	
No. 1885.	Pflückblatt, 1. Länge Lochblatt, riesig blattig, matt hell, reinfarbig	M. 4.75	
No. 1886.	Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, hellmatt, schöne Farben, Padang Brährang	M. 4.80	
No. 1887.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt, schöne Farben, sehr deckfähig	M. 5.-	
No. 1888.	Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, ganz hell und reinfarbig, riesig deckfähig	M. 5.50	
No. 1889.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, matt, reinfarbig, sehr deckfähig	M. 5.75	
No. 1864.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, lebhaft hell, vielfach hellfahl	M. 5.80	
No. 1890.	Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, zart, mattfahl, sehr deckfähig	M. 6.10	
No. 1891.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, ganz hell und fahl, riesig deckfähig, etwas bunt durchlaufend	M. 6.50	
No. 1863.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, graufahl, edel, sehr deckfähig	M. 7.-	
No. 1868.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, prachtvoll matt und reinfarbig	M. 8.-	
No. 1867.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hochfeine matte Farben	M. 9.50	
No. 1866.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt, feinste Art	M. 10.-	
No. 1862.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellfahl, prachtvolle Farben	M. 12.-	
No. 1861.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, weissfahl, wunderschöne Farben	M. 16.-	
No. 1865.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellfahl, prachtvolle Farben	M. 18.-	
No. 1860.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, weissgraufahl, das denkbar schönste	M. 24-	

Borneo-Deck:

No. 1869.	Vollblatt 2. Länge, hellmatte, reine Farben, wenig eleganter Spickel, deckfähig, verzollt	M. 7.50
-----------	---	---------

Vorstenlanden-Decken:

No.	Art	verzollt	
No. 1877.	Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, heller Linksroller, sehr deckfähig	M. 2.60	
No. 1875.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, mausgraue Farben	M. 3.50	
No. 1874.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, matt, vielfach dunkel	M. 3.80	
No. 1873.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hell und matt, sehr deckfähig	M. 3.80	
No. 1876.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, schwarz und mausgrau, duff	M. 4.50	
No. 1872.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellmatt, fahl, reine edle Farben	M. 5.-	
No. 1871.	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, hellmatt, riesig deckfähig	M. 5.20	
No. 1870.	Sandblatt, Vollblatt 1. Länge, hellmatt, zart, ausserordentlich deckfähig	M. 5.80	

Java-Bezoeki-Aufarbeiter:

No.	Art	verzollt	
No. 1878.	Loros. Blattige 4. Länge	M. 1.25	
No. 1879.	Loros. Blattige 3. Länge	M. 1.30	
No. 1880.	Loros. Blattige 2. Länge	M. 1.40	
No. 1881.	Loros. Blattige 1. Länge	M. 1.50	

Decken Sie
jetzt Ihren
Bedarf!

Heinrich Franck

Gegründet 1879

Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22

Postcheckkonto: Berlin 1738 Telephon: Amt Norden 4352

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtwall 36 Fernsprecher 3946

am einfachst in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decke, Sandblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280,

300, 320, 340, 420, 460, 500, 520, 550, 580, 600, 620, 650, 680, 700, 720, 750, 780, 800, 820, 850, 880, 900, 920, 950, 980, 1000, 1020, 1050, 1080, 1100, 1120, 1150, 1180, 1200, 1220, 1250, 1280, 1300, 1320, 1350, 1380, 1400, 1420, 1450, 1480, 1500, 1520, 1550, 1580, 1600, 1620, 1650, 1680, 1700, 1720, 1750, 1780, 1800, 1820, 1850, 1880, 1900, 1920, 1950, 1980, 2000, 2020, 2050, 2080, 2100, 2120, 2150, 2180, 2200, 2220, 2250, 2280, 2300, 2320, 2350, 2380, 2400, 2420, 2450, 2480, 2500, 2520, 2550, 2580, 2600, 2620, 2650, 2680, 2700, 2720, 2750, 2780, 2800, 2820, 2850, 2880, 2900, 2920, 2950, 2980, 3000, 3020, 3050, 3080, 3100, 3120, 3150, 3180, 3200, 3220, 3250, 3280, 3300, 3320, 3350, 3380, 3400, 3420, 3450, 3480, 3500, 3520, 3550, 3580, 3600, 3620, 3650, 3680, 3700, 3720, 3750, 3780, 3800, 3820, 3850, 3880, 3900, 3920, 3950, 3980, 4000, 4020, 4050, 4080, 4100, 4120, 4150, 4180, 4200, 4220, 4250, 4280, 4300, 4320, 4350, 4380, 4400, 4420, 4450, 4480, 4500, 4520, 4550, 4580, 4600, 4620, 4650, 4680, 4700, 4720, 4750, 4780, 4800, 4820, 4850, 4880, 4900, 4920, 4950, 4980, 5000, 5020, 5050, 5080, 5100, 5120, 5150, 5180, 5200, 5220, 5250, 5280, 5300, 5320, 5350, 5380, 5400, 5420, 5450, 5480, 5500, 5520, 5550, 5580, 5600, 5620, 5650, 5680, 5700, 5720, 5750, 5780, 5800, 5820, 5850, 5880, 5900, 5920, 5950, 5980, 6000, 6020, 6050, 6080, 6100, 6120, 6150, 6180, 6200, 6220, 6250, 6280, 6300, 6320, 6350, 6380, 6400, 6420, 6450, 6480, 6500, 6520, 6550, 6580, 6600, 6620, 6650, 6680, 6700, 6720, 6750, 6780, 6800, 6820, 6850, 6880, 6900, 6920, 6950, 6980, 7000, 7020, 7050, 7080, 7100, 7120, 7150, 7180, 7200, 7220, 7250, 7280, 7300, 7320, 7350, 7380, 7400, 7420, 7450, 7480, 7500, 7520, 7550, 7580, 7600, 7620, 7650, 7680, 7700, 7720, 7750, 7780, 7800, 7820, 7850, 7880, 7900, 7920, 7950, 7980, 8000, 8020, 8050, 8080, 8100, 8120, 8150, 8180, 8200, 8220, 8250, 8280, 8300, 8320, 8350, 8380, 8400, 8420, 8450, 8480, 8500, 8520, 8550, 8580, 8600, 8620, 8650, 8680, 8700, 8720, 8750, 8780, 8800, 8820, 8850, 8880, 8900, 8920, 8950, 8980, 9000, 9020, 9050, 9080, 9100, 9120, 9150, 9180, 9200, 9220, 9250, 9280, 9300, 9320, 9350, 9380, 9400, 9420, 9450, 9480, 9500, 9520, 9550, 9580, 9600, 9620, 9650, 9680, 9700, 9720, 9750, 9780, 9800, 9820, 9850, 9880, 9900, 9920, 9950, 9980, 10000, 10020, 10050, 10080, 10100, 10120, 10150, 10180, 10200, 10220, 10250, 10280, 10300, 10320, 10350, 10380, 10400, 10420, 10450, 10480, 10500, 10520, 10550, 10580, 10600, 10620, 10650, 10680, 10700, 10720, 10750, 10780, 10800, 10820, 10850, 10880, 10900, 10920, 10950, 10980, 11000, 11020, 11050, 11080, 11100, 11120, 11150, 11180, 11200, 11220, 11250, 11280, 11300, 11320, 11350, 11380, 11400, 11420, 11450, 11480, 11500, 11520, 11550, 11580, 11600, 11620, 11650, 11680, 11700, 11720, 11750, 11780, 11800, 11820, 11850, 11880, 11900, 11920, 11950, 11980, 12000, 12020, 12050, 12080, 12100, 12120, 12150, 12180, 12200, 12220, 12250, 12280, 12300, 12320, 12350, 12380, 12400, 12420, 12450, 12480, 12500, 12520, 12550, 12580, 12600, 12620, 12650, 12680, 12700, 12720, 12750, 12780, 12800, 12820, 12850, 12880, 12900, 12920, 12950, 12980, 13000, 13020, 13050, 13080, 13100, 13120, 13150, 13180, 13200, 13220, 13250, 13280, 13300, 13320, 13350, 13380, 13400, 13420, 13450, 13480, 13500, 13520, 13550, 13580, 13600, 13620, 13650, 13680, 13700, 13720, 13750, 13780, 13800, 13820, 13850, 13880, 13900, 13920, 13950, 13980, 14000, 14020, 14050, 14080, 14100, 14120, 14150, 14180, 14200, 14220, 14250, 14280, 14300, 14320, 14350, 14380, 14400, 14420, 14450, 14480, 14500, 14520, 14550, 14580, 14600, 14620, 14650, 14680, 14700, 14720, 14750, 14780, 14800, 14820, 14850, 14880, 14900, 14920, 14950, 14980, 15000, 15020, 15050, 15080, 15100, 15120, 15150, 15180, 15200, 15220, 15250, 15280, 15300, 15320, 15350, 15380, 15400, 15420, 15450, 15480, 15500, 15520, 15550, 15580, 15600, 15620, 15650, 15680, 15700, 15720, 15750, 15780, 15800, 15820, 15850, 15880, 15900, 15920, 15950, 15980, 16000, 16020, 16050, 16080, 16100, 16120, 16150, 16180, 16200, 16220, 16250, 16280, 16300, 16320, 16350, 16380, 16400, 16420, 16450, 16480, 16500, 16520, 16550, 16580, 16600, 16620, 16650, 16680, 16700, 16720, 16750, 16780, 16800, 16820, 16850, 16880, 16900, 16920, 16950, 16980, 17000, 17020, 17050, 17080, 171